

Internationale Arbeitskonferenz, 96. Tagung, 2007

Bericht des Generaldirektors

Beilage

Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete

Internationales Arbeitsamt Genf

ISBN 978-92-2-718131-0
ISSN 0251-4095

Zweite Auflage 2007

Die in Veröffentlichungen des IAA verwendeten, der Praxis der Vereinten Nationen entsprechenden Bezeichnungen sowie die Anordnung und Darstellung des Inhalts sind keinesfalls als eine Meinungsäußerung des Internationalen Arbeitsamtes hinsichtlich der Rechtsstellung irgendeines Landes, Gebietes oder Territoriums oder dessen Behörden oder hinsichtlich der Grenzen eines solchen Landes oder Gebietes aufzufassen.

Die Nennung von Firmen und gewerblichen Erzeugnissen und Verfahren bedeutet nicht, dass das Internationale Arbeitsamt sie billigt, und das Fehlen eines Hinweises auf eine bestimmte Firma oder ein bestimmtes Erzeugnis oder Verfahren ist nicht als Missbilligung aufzufassen.

Veröffentlichungen des IAA können bei größeren Buchhandlungen, den Zweigämtern des IAA in zahlreichen Ländern oder direkt beim Internationalen Arbeitsamt, ILO Publications, CH-1211 Genf 22, Schweiz, bestellt werden. Diese Stelle versendet auch kostenlos Kataloge oder Verzeichnisse neuer Veröffentlichungen.

Vorwort

Dieser Bericht wurde wie in den Vorjahren im Anschluss an hochrangige Missionen nach Israel und in die besetzten arabischen Gebiete und die Arabische Republik Syrien abgefasst. Die Missionen konnten erneut auf die uneingeschränkte Unterstützung der Mitgliedsgruppen der IAO und der beteiligten Parteien zählen, was den Rückhalt für die Bemühungen der IAO bekräftigt, einen Beitrag zur Schaffung von Frieden und Sicherheit in der Region durch die Überwachung und Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in ihren Zuständigkeitsbereichen zu leisten.

Meine Vertreter führten direkte ausführliche Gespräche mit einem weiten Spektrum interessierter Parteien, darunter Partner der IAO in den besetzten arabischen Gebieten und Mitgliedsgruppen in der Arabischen Republik Syrien und in Israel, Organisationen der Vereinten Nationen, Menschenrechtsorganisationen und nationale nicht-staatliche und internationale zwischenstaatliche Organisationen.

Der Bericht beschreibt das schwere Schicksal der Menschen in den besetzten palästinensischen Gebieten und im besetzten syrischen Golan. Gewalt betrifft weiterhin palästinensische und israelische Zivilisten gleichermaßen, wenn auch mit sehr unterschiedlicher Intensität. Die Wirtschaftstätigkeit hat einen dramatischen Einbruch erlitten, was zu noch mehr Armut, prekärer Beschäftigung und Arbeitslosigkeit geführt hat.

Für Unternehmen ist es immer schwieriger, bei eskalierenden logistischen Kosten den Geschäftsbetrieb aufrechtzuerhalten. Arbeitnehmer und ihre Familien sind mit immer schlechteren Beschäftigungschancen und unregelmäßigen Lohnzahlungen konfrontiert. Genehmigungen und Kontrollpunkte bestimmen das tägliche Leben. Die palästinensischen Regierungsinstitutionen kämpfen mit dem Problem abnehmender Ressourcen. Innerpalästinensische Auseinandersetzungen erschweren die Lage zusätzlich.

Die unmittelbare Ursache der wirtschaftlichen und sozialen Not ist das alles durchdringende System der Abriegelungen und Kontrollen, einschließlich der Sperrmauer, die von der Besatzungsmacht errichtet wurde. Ein großer Teil der Sicherheitsmaßnahmen der israelischen Regierung ist darauf ausgerichtet, israelische Bürger zu schützen, die sich in den besetzten arabischen Gebieten angesiedelt haben. Dieser Schutz verursacht jedoch auch wirtschaftliche und soziale Unsicherheit für die Menschen in diesen Gebieten.

Eine Situation, die sich auszeichnet durch Wohlstand und Sicherheit auf der einen und militärische Besatzung, Armut und Unsicherheit auf der anderen Seite, ist für beide Seiten mit vielen Gefahren verbunden und kann nicht aufrechterhalten werden.

Die internationale Hilfe, ein willkommenes Zeichen internationaler Solidarität, hat 2006 zugenommen. Die Gebergemeinschaft finanziert auf direktem Weg zahlreiche Aufgaben der Palästinensischen Behörde, die diese aufgrund der Kürzung externer Haushaltsunterstützung nicht mehr mit eigenen Mitteln leisten kann. Ziel der internationalen Hilfe ist es, die Not des palästinensischen Volkes zu lindern. Ein wachsender Anteil der

Hilfe wird in Form humanitärer Unterstützung geleistet, um die gravierendsten Symptome der sich ausbreitenden wirtschaftlichen und sozialen Krise zu bekämpfen. Dies bedeutet von Nahrungsmittelhilfe, zeitlich befristete Jobs durch Geld-für-Arbeit und Sozialhilfe für die Bedürftigsten.

Die kurzfristige Hilfe zur Erfüllung der dringendsten Bedürfnisse des palästinensischen Volkes ist zwar notwendig und willkommen, sie ist jedoch keine nachhaltige Lösung für die Entwicklung der besetzten arabischen Gebiete.

Staatsbedienstete des Arbeitsministeriums und Arbeitgeber und Arbeitnehmer, mit denen die Mission der IAO zusammentraf, haben betont, dass nur die Aufrechterhaltung frei gewählter und produktiver Beschäftigung Grundlage für eine Arbeit in Würde sein kann. Dies stimmt überein mit den Werten der IAO der menschenwürdigen Arbeit im Sinne der Verfassung der IAO als einer grundlegenden Basis menschlicher Sicherheit und persönlicher Würde.

Es muss alles Erdenkliche getan werden, um Unternehmen und andere Akteure in die Lage zu versetzen, Wirtschaftstätigkeiten aufrechtzuerhalten und zum Aufbau einer existenzfähigen Wirtschaft als Grundlage eines zukünftigen palästinensischen Staates beizutragen. Dies impliziert innerhalb der ungewöhnlichen gegenwärtigen Einschränkungen ein Umfeld, das für Investitionen, unternehmerischen Initiative und die Schaffung von Arbeitsplätzen förderlich ist und Rechte bei der Arbeit berücksichtigt. Ein dreigliedriger Dialog zwischen der Regierung und den Vertretern der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerverbände ist ein höchst wirksames Instrument zur Förderung dieses Ziels und zum Abbau von Spannungen.

Die Palästinensische Behörde, internationale Geber und Israel sollten sich bemühen, Unternehmer und Arbeitnehmer dabei zu unterstützen, Unternehmen zu konsolidieren, zu neuen Investitionen anzuregen und die Wirtschaftstätigkeit zu diversifizieren. Dies würde zu mehr Sicherheit für Palästinenser und Israelis beitragen und eine langfristige Verhandlungslösung für den Konflikt näherbringen.

In den ersten Monaten des Jahres 2007 scheint der politische Dialog wieder in den Vordergrund zu treten. Durch Vermittlung des Königs von Saudi-Arabien, Abdullah Ben Abdul Aziz, wurde am 17. März 2007 eine Regierung der Nationalen Einheit gegründet. Sie hat eine ehrgeizige Plattform angenommen und sich aktiv um eine Lösung für ihre finanzielle Isolierung bemüht, damit sie wieder normal tätig sein kann.

Das Nahost-Quartett hat erklärt, es wolle die Regierung ebenso nach ihrer Plattform wie nach ihrer Zusammensetzung und ihren Handlungen beurteilen.

Die in Riadh vom 28. bis 29. März 2007 einberufene Gipfelkonferenz des Rates der Arabischen Liga bekräftigte ihre uneingeschränkte Unterstützung des 2002 von Saudi-Arabien vorgeschlagenen Friedensplans. Die Arabische Arbeitsorganisation hat diesen Beschluss uneingeschränkt gebilligt. Gleichzeitig fanden erneut Gespräche zwischen dem Premierminister Israels und dem Präsidenten der Palästinensischen Behörde statt.

Der Sicherheitsrat wurde am 25. April 2007 vom Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, B. Lynn Pascoe, über die Lage im Nahen Osten unterrichtet. Er erklärte: „Die Parteien und alle regionalen und internationalen Akteure sind gehalten, Zurückhaltung zu zeigen, ihre Bemühungen um unmittelbare Fortschritte vor Ort zu intensivieren und als Minimum den politischen Willen der Parteien zu fördern, ihre Zukunft gemeinsam zu erörtern. Wir müssen Fortschritte machen auf dem Weg zu unserem gemeinsamen Ziel eines gerechten, dauerhaften und umfassenden Friedens auf der Grundlage der Sicherheitsratsresolutionen 242, 338, 1397 und 1515.“

Die IAO wird auch weiterhin ihre Rolle bei der Unterstützung ihrer Mitgliedsgruppen und der Förderung eines Dialogs für Frieden, auch durch interreligiöse Gespräche, uneingeschränkt wahrnehmen.

Die Partner der IAO haben die IAO ersucht, ihr Programm der technischen Zusammenarbeit in den besetzten palästinensischen Gebieten und im besetzten syrischen Golan zu intensivieren. Die IAO wird – wie in den Schlussfolgerungen dieses Berichts dargelegt – auf solche Ersuchen positiv reagieren, um das Arbeitsministerium und die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände als Instrumente zur Förderung des Dialogs und zur Festigung der Grundlagen einer demokratischen Staats- und Regierungsführung zu stärken.

Bei meinen Gesprächen mit den Mitgliedern der Missionen der IAO und anderen sachkundigen Personen ist mir klar geworden, wie schwierig es ist, mit den Worten eines Berichts dem tief empfundenen Gefühl der kollektiven Bestrafung adäquat Ausdruck zu verleihen, das das palästinensische Volk in legitimer Weise in sich trägt. In diesem Zusammenhang kommt Einem immer wieder das Wort „Würde“ in den Sinn. Zunächst, weil die Würde der Palästinenser auf so vielfältige Weise verletzt wird. Doch auch, weil sie die Demütigungen mit Würde ertragen, denen Einzelne, Familien und Gemeinschaften regelmäßig ausgesetzt sind.

Diese Widerstandsfähigkeit ist eine Quelle innerer Stärke, die es der palästinensischen Identität erlaubt, nicht geschwächt zu werden, sondern mit Hilfe der kollektiven Energie an der Überzeugung festzuhalten, dass ihr Streben nach Freiheit letztlich erfolgreich und ein Frieden mit Israel möglich sein wird.

Mai 2007

Juan Somavia
Director-General

Inhaltsverzeichnis

	<i>Seite</i>
Vorwort	iii
Einleitung.....	1
1. Schleichende Auflösung des palästinensischen sozialen und wirtschaftlichen Gefüges	3
2. Fortsetzung der systematischen strengen Abriegelung und Kontrolle.....	8
3. Eine Wirtschaft im Belagerungszustand	21
4. Regierungsführung und Rechte	29
5. Schlussfolgerungen	33
Quellennachweis	37
Anhang	41

Einleitung

1. Im Einklang mit der Entschließung über die Auswirkungen der israelischen Siedlungen in Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten im Zusammenhang mit der Lage der arabischen Arbeitnehmer, die von der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 66. Tagung (1980) angenommen worden war, entsandte der Generaldirektor in diesem Jahr erneut Missionen nach Israel, in die besetzten arabischen Gebiete und in die Arabische Republik Syrien, um eine möglichst umfassende Beurteilung der Lage der Arbeitnehmer der Gebiete (des Westjordanlands, einschließlich Ost-Jeruselems, des Gazastreifens und des besetzten syrischen Golan) vorzunehmen¹. Im Verlauf der Mission in die besetzten arabischen Gebiete hatten die Vertreter des Generaldirektors zahlreiche Unterredungen und Treffen mit Gesprächspartnern auf israelischer, palästinensischer und syrischer Seite².
2. Bei der Prüfung aller anstehenden Fragen, sowohl während der Missionen als auch bei der Ausarbeitung dieses Berichts, ließen sich die Vertreter des Generaldirektors wie üblich von den einschlägigen Normen des Völkerrechts leiten, insbesondere vom Haager Abkommen von 1907 (betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs) und von dem Vierten Genfer Abkommen von 1949 (über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten), die auch von Israel unterzeichnet wurden.
3. Die Vertreter des Generaldirektors ließen sich ferner von den in der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation, einschließlich der Erklärung von Philadelphia, niedergelegten Grundsätzen und Zielen leiten sowie von den von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Normen und Entschließungen, den von den Aufsichtsorganen der IAO aufgestellten Grundsätzen und – allgemeiner – der Frage der Rechte bei der Arbeit. Wie in der Entschließung von 1980 dargelegt, geht es im Kern um die Chancengleichheit und Gleichbehandlung der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete, die gewerkschaftlichen Freiheiten und Rechte dieser Arbeitnehmer und den psychologischen, geistigen und materiellen Schaden, der den arabischen Arbeitnehmern in Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten durch die israelische Siedlungspolitik zugefügt wird. Dieser Ansatz verleiht den Grundsätzen und Rechten bei der Arbeit, die zusammen mit der Beschäftigung, dem sozialen Schutz und dem sozialen

¹ In früheren Berichten wurde bereits darauf hingewiesen, dass der Golan seit 1967 von Israel besetzt ist und 1981 einseitig von Israel annektiert wurde. Die israelische Regierung hat ihren Standpunkt in der Frage des Golan wie folgt formuliert: „Ziel der Mission des IAA ist die Sammlung von Informationen für den Bericht des Generaldirektors über die besetzten arabischen Gebiete. Die Regierung Israels vertritt den Standpunkt, dass der Golan, auf den die israelische Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung angewendet worden sind, kein solches Gebiet ist. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Mission des IAA als Zeichen des guten Willens und unter allem Vorbehalt die Genehmigung zum Besuch des Golan erteilt worden. Die Entscheidung einen solchen offiziellen Besuch zu erleichtern, darf keinen Präzedenzfall darstellen und steht nicht im Widerspruch zum Standpunkt der israelischen Regierung.“ Am 17. Dezember 1981 nahm der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 497 an, in der Israel aufgefordert wird, den niemals von den Vereinten Nationen anerkannten Beschluss, den Golan zu annektieren, rückgängig zu machen. Dem Standpunkt Israels wird auch von der Regierung der Arabischen Republik Syrien und den arabischen Einwohnern des Golan widersprochen, die den Golan als einen besetzten Teil der Arabischen Republik Syrien ansehen.

² Ein Verzeichnis der Gesprächspartner findet sich im Anhang zu diesem Bericht.

Dialog die Eckpfeiler der Agenda für menschenwürdige Arbeit bilden, das ihnen gebührende Gewicht. Der vorliegende Bericht berücksichtigt daher die einschlägige Gesetzgebung und die erlangten Informationen zu den Realitäten vor Ort hinsichtlich der Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete.

4. Der Generaldirektor betraute Friedrich Buttler, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Ümit Efendioğlu, Mitglied des Büro des Generaldirektors (CABINET), Philippe Egger, stellvertretender Direktor von CABINET, Tariq Haq, Sachverständiger für Beschäftigungsfragen im Regionalbüro für arabische Staaten in Beirut, und Steven Oates, Sektorkoordinator im Büro des Exekutivdirektors für Normen und grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit, mit der Mission nach Israel und in die besetzten arabischen Gebiete, die vom 15. bis 21. April 2007 stattfand. Rasha El Shurafa, amtierende Vertreterin der IAO im Westjordanland und in Gaza, führte sämtliche Vorbereitungen für die Mission durch, der sie als Vollmitglied angehörte. Friedrich Buttler, Nada Al Nashif, Regionaldirektorin für die arabischen Staaten, und Steven Oates wurden mit der Mission in die Arabische Republik Syrien betraut, die am 22. und 23. April 2007 stattfand.

5. Dieser Bericht berücksichtigt die von den genannten Missionen vor Ort erlangten Informationen sowie die von ihren Gesprächspartnern vorgelegten Unterlagen und andere öffentlich zugängliche Informationen. Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten Gebiete wurde von den Missionen einer unparteiischen und objektiven Prüfung unterzogen. Der Bericht geht auf die Prioritäten der technischen Zusammenarbeit der IAO mit der Palästinensischen Behörde, den Sozialpartnern und den syrischen Mitgliedsgruppen ein. Die Mitgliedsgruppen und Partner der IAO haben sich bereit erklärt, sobald wie möglich eine technische Mission der IAO in den besetzten arabischen Gebieten zu empfangen. Das Amt wird dem Verwaltungsrat auf seiner Tagung im November weitere diesbezügliche Informationen vorlegen.

6. Der Generaldirektor ist allen beteiligten Parteien außerordentlich dankbar und möchte seiner Anerkennung dafür Ausdruck verleihen, dass seine Vertreter bei der Einholung der sachlichen Informationen, auf die sich dieser Bericht stützt, wie immer auf die volle Unterstützung aller Parteien, der Araber wie der Israelis, einschließlich der Vertreter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, zählen konnten. Er erkennt auch die umfassende Unterstützung an, die seinen Vertretern von den Behörden der Arabischen Republik Syrien und dem Internationalen Bund arabischer Gewerkschaften (ICATU) gewährt wurde.

1. Schleichende Auflösung des palästinensischen sozialen und wirtschaftlichen Gefüges

1.1. Steuer- und wirtschaftspolitischer Zusammenbruch in einem prekären politischen Kontext

7. Im Juni 2007 jährt sich zum vierzigsten Mal die israelische Besatzung des Westjordanlandes, einschließlich von Ostjerusalem (Al-Quds), Gaza und dem syrischen Golan. In den Gebieten war es erneut ein Jahr gekennzeichnet durch tiefes Leid angesichts eines fallenden Lebensstandards, zunehmender Armut und Arbeitslosigkeit, verstärkter gesellschaftlicher Desintegration und einer ungeordneten politischen Situation. Diese zahlreiche Facetten aufweisende Krise, die wirtschaftliche, soziale, politische, institutionelle und humanitäre Dimensionen aufweist, ist nicht allein auf die seit vielen Jahren mit der Besatzung in Zusammenhang stehenden Umstände zurückzuführen, sondern auch auf eine Reihe von Maßnahmen, die im letzten Jahr nach den Wahlen, die im März 2006 einer Hamas-Regierung an die Macht verhalfen, ergriffen wurden.

8. Im Vergleich mit dem letzten Jahr sind es hauptsächlich drei Faktoren, die zu einer weiteren Verschlimmerung der Lage beigetragen haben. Erstens hat das von der internationalen Gemeinschaft über die Palästinensische Behörde verhängte finanzielle Embargo verheerende Auswirkungen auf das palästinensische Volk und die Wirtschaft gehabt. Zweitens hat Israel in Verletzung der Oslo-Abkommen palästinensische Steuereinnahmen zurückbehalten³, was für den Haushalt einen durchschnittlichen Monatsverlust von etwa 60 Millionen US-Dollar bedeutete. In Verbindung mit der Einstellung der direkten Haushaltsunterstützung durch westliche Geber bedeutet dieser Einkommensverlust für die Regierung eine 50prozentige Kürzung der monatlichen Einkünfte (Samhuri, 2007). Drittens haben es weitere strenge Restriktionen der Bewegungsfreiheit des palästinensischen Volkes und der Güter innerhalb und zwischen den Gebieten sowie in Bezug auf Israel und andere Länder der palästinensischen Wirtschaft unmöglich gemacht, auf einem anderen als einem Minimalniveau zu operieren.

9. Die politische und finanzielle Isolierung der palästinensischen Regierung (Oxfam, 2007) und die Einbehaltung der Zolleinkommen durch Israel haben in den Gebieten eine beispiellose steuerpolitische Krise heraufbeschworen. Verschlimmert wurde die Situation zusätzlich durch die vom Office of Foreign Assets Control (OFAC) des Finanzministeriums der USA verhängten Restriktionen, die Finanzgeschäfte oder Transaktionen mit der Regierung untersagen⁴. Folglich hat der palästinensische Bankensektor geschäftliche Beziehungen mit der neuen Regierung wegen der Risiken von Rechtsstreitigkeiten nach den Anti-Terrorgesetzen der USA⁵ vermieden und so der Regierung bisher vorhandene Kreditfazilitäten entzogen. Der Bankensektor belastete die finanzielle Situation der Regierung zusätzlich dadurch, dass er inländische Steuereinnahmen, die dem Finanzministerium zustanden, zurückhielt (Samhuri, 2007).

³ Auch als „Zolleinkommen“ bezeichnet, d.h. die monatliche Überweisung der Mehrwertsteuer und Zolleinkünfte, die Israel für die Palästinensische Behörde einnimmt, wie im Paris-Protokoll zu den Oslo-Abkommen vereinbart.

⁴ Siehe OFAC-Website unter www.treasury.gov/offices/enforcement/ofac/programs/terror/pa.shtml.

⁵ International Money-Laundering Abatement and Anti-Terrorist Financing Act of 2001 (Title III of the Uniting and Strengthening America by Providing Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism (USA PATRIOT ACT) Act of 2001, Public Law 107-56, 26 Oct. 2001).

10. Die Krise führte auch zu einem raschen Rückgang des inländischen Steueraufkommens, was zusammen mit dem Einkommensverlust von Gebern und Israel ein durchschnittliches monatliches Defizit von 110 Millionen US-Dollar verursachte. Dies hat die Funktionsfähigkeit der Regierung praktisch lahmgelegt und die Entwicklungsaussichten des privaten Sektors stark eingeschränkt (ebd.).

11. Die staatlichen Ausgaben sind der wichtigste Bestandteil der Gesamtnachfrage in der palästinensischen Wirtschaft, da sie etwa 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachen und etwa 160.000 Arbeitsplätze schaffen, was einem Viertel der Gesamtbeschäftigung entspricht. Wegen der steuerpolitischen Krise sind die Staatsbediensteten seit März 2006 nicht mehr vollständig entlohnt worden. Über eine Million Menschen sind von den im öffentlichen Sektor gezahlten Löhnen abhängig. Daher sind die menschlichen Kosten des Finanzboykotts, wie es in einem kürzlichen Bericht von Oxfam bezeichnet wurde, äußerst hoch (Oxfam, 2007).

12. Angesichts der Verknappung der Steuereinnahmen und der damit einhergehenden Nachfrageeinschränkungen sowie des fortgesetzten Rückgangs der Exporte, zurückzuführen auf weitere Einschränkungen der Bewegungsfreiheit von Menschen und Gütern, ist nicht überraschend, dass das BIP 2006 einen Rückgang von fast 10 Prozent verzeichnete und das Pro-Kopf-Einkommen auf fast 40 Prozent unter den Stand vor der Intifada 1999 gefallen ist. Armut und Arbeitslosigkeit erreichten ein sehr hohes Niveau, da fast 66 Prozent aller Haushalte in den besetzten palästinensischen Gebieten sich unterhalb der innerstaatlichen Armutsgrenze befanden und 24 Prozent der Erwerbstätigen arbeitslos waren. In Gaza ist die Situation mit einer Armutsquote bei Haushaltseinkommen von annähernd 88 Prozent und einer Arbeitslosigkeit von nahezu 35 Prozent noch trostloser. Dieser wirtschaftliche Zusammenbruch ist das Ergebnis der Besatzung und der von Israel verhängten Abriegelungen sowie der internationalen Finanzsanktionen.

13. Innerhalb und außerhalb der Gebiete wird der Zugang von Palästinensern zu Märkten von den israelischen Streitkräften streng kontrolliert. Die Zahl der Hindernisse, die die Bewegungsfreiheit im Westjordanland einschränken, nimmt ständig zu, da neben festen Kontrollstellen immer mehr „fliegende“ und partielle Kontrollen eingerichtet werden. Die Handels- und Personenübergänge zwischen den besetzten Gebieten und Israel verzeichnen nur eine sehr geringe Aktivität. Die Handelskosten sind prohibitiv, und durch die Kontrollen an zahlreichen Übergängen und Kontrollpunkten haben die israelischen Streitkräfte maßgeblichen Einfluss auf die Existenzgrundlagen der Palästinenser.

14. Die sich ausbreitende wirtschaftliche und humanitäre Krise hat die Institutionen geschwächt und verursacht neben den Auseinandersetzungen zwischen zahlreichen Sicherheitskräften, die unterschiedlichen Fraktionen angehören, schlecht ausgebildet sind und nur gelegentlich entlohnt werden, weitere Gewalt, Verbrechen und Gesetzlosigkeit. Die Gewalt ist zwar in Gaza besonders ausgeprägt, entsprechende Berichte gibt es jedoch aus allen Teilen der Gebiete. Die Gewalt gegen israelische Zivilisten innerhalb von Israel hat sich ebenfalls fortgesetzt.

15. Die insbesondere von der Europäischen Union (EU) bereitgestellte humanitäre Hilfe ist 2006 auf ca. 1,2 Milliarden US-Dollar angestiegen. Unter der Bezeichnung Temporärer Internationaler Mechanismus (TIM) wurde ein spezieller Zahlungsmechanismus eingerichtet⁶, über den von Juni 2006 bis März 2007 etwa 330 Millionen US-

⁶ In Anbetracht der humanitären Krise in den besetzten palästinensischen Gebieten billigte das Quartett am 17. Juni 2006 den Temporären Internationalen Mechanismus (TIM) als ein von der Europäischen Kommission entwickeltes Instrument zur direkten Bereitstellung von Hilfe an Palästinenser. „Der Mechanismus sollte in ‚Dauer und Anwendungsbereich begrenzt‘ sein, in ‚vollständiger Transparenz und Rechenschaftspflicht‘ operie-

Dollar transferiert wurden. Der Mechanismus gestattet bei hohen Transaktionskosten Direktzahlungen für Energieausgaben in Gaza, Krankenhauskosten und Sozialhilfe für 150.000 Leistungsempfänger. Die Auffassungen hinsichtlich der Vorteile dieser Vorkehrungen divergieren. Einerseits wurde grundlegende humanitäre Hilfe geleistet, ohne die die Not des palästinensischen Volkes wesentlich größer gewesen wäre. Andererseits wurden die palästinensischen Institutionen geschwächt.

16. Die Internationale Krisengruppe hat es wie folgt formuliert: „Sanktionen haben ihr Ziel nicht erreicht . [...] Es gab keinerlei diplomatische Bemühungen, die Gewalt zwischen Israelis und Palästinensern setzt sich fort, und beim Gefangenenaustausch gab es keine Fortschritte. Nach praktisch jeder denkbaren Norm – Regierungsführung, Sicherheit, Wirtschaft, Bau von Institutionen und Friedensprozess – gab es nur Rückschritte.“ (Internationale Krisengruppe, 2007).

1.2. Humanitäre Unterstützung gegenüber Entwicklungshilfe: „Ent-Entwicklung“

17. Der Umfang der für die besetzten Gebiete bereitgestellten Hilfe hat zwar zugenommen, ihre Zusammensetzung hat sich jedoch verändert, da der Schwerpunkt nicht mehr auf Entwicklungshilfe, sondern auf humanitärer und Nothilfe liegt. So entfielen beispielsweise 2006 56 Prozent des gesamten Beitrags der EU auf humanitäre Hilfe gegenüber 16 Prozent im Jahr 2005 (Oxfam, 2007; Erlanger, 2007). Es besteht zunehmend Sorge über die Auswirkungen, die sich aus der Zunahme der humanitären Hilfe für den Aufbau starker Institutionen für eine gut funktionierende Wirtschaft und Demokratie und somit einen funktionierfähigen palästinensischen Staat ergeben.

18. Die Verdrängungseffekte dieses Trends im Bereich der Entwicklung des privaten und öffentlichen Sektors sind potentiell immens. Einerseits wird bei der direkten Bereitstellung von Hilfe in Form von Gütern, Diensten und Geld an das palästinensische Volk der öffentliche Sektor umgangen, was die palästinensischen Institutionen schwächt. Andererseits ist die Hilfe nur mit geringen Vorteilen für örtliche Betriebe und Arbeitsplätze verbunden. Die Vertreter des palästinensischen privaten Sektors, mit denen die Mission zusammentraf, äußerten Vorbehalte hinsichtlich der Anwendung des TIM, da er zu einer Schwächung der Entwicklung des privaten Sektors in den besetzten Gebieten beitrage.

19. Hinzu kommt, dass Hilfen in Form von Nahrungsmittelhilfe und Geld-für-Arbeit-Projekte nur temporäre Lösungen ermöglichen. Humanitäre Hilfe anstelle adäquater Arbeitsplätze kann die Würde der palästinensischen Arbeitnehmer unterminieren. Bei einer Unterbrechung der wirtschaftlichen Tätigkeiten kommt es zu einem schleichenden aber stetigen Rückgang der Produktionskapazität der Wirtschaft. Die Verknappung auf der Angebotsseite und die resultierenden Verluste bei Einkommen und Chancen auf eine menschenwürdige Arbeit treten in Verbindung mit einer massiven Abnahme auf der Nachfrageseite auf. So kommt es zu einer Abwärtsspirale der „Ent-Entwicklung“ (UNCTAD, 2006; Roy, 1996), die eine starke palästinensische Wirtschaft immer unwahrscheinlicher erscheinen lässt.

ren und eine ‚bedürfnisorientierte‘ direkte Unterstützung des palästinensischen Volkes gewährleisten. Die Finanzierung durch den TIM wurde in drei Fenstern zusammengefasst: keine Löhne beinhaltende Unterstützung der Gesundheits-, Bildungs-, Sozial- und Wassersektoren, Treibstoffzahlungen für die Gesundheits- und Wassersektoren, direkte Zahlungen an Beschäftigte der Palästinensischen Behörde und Fürsorgeempfänger.“ (Oxfam, 2007, S. 5).

20. Bedenken wurden auch vom Internationalen Entwicklungsausschuss des House of Commons im Vereinigten Königreich über die politischen Konsequenzen verstärkter humanitärer Hilfe zum Ausdruck gebracht: „Ein höheres Maß an internationaler Hilfe trägt zwar dazu bei, eine humanitäre Katastrophe zu verhüten, die Geber subventionieren jedoch die israelische Besatzung und entlassen Israel aus der Verpflichtung zur Bereitstellung grundlegender Dienste für die besetzte Bevölkerung. Die meisten Geber sind sich dieser Tatsache durchaus bewusst, wollen sich aber verständlicherweise nicht zurückziehen, da sie der Ansicht sind, dass Israel die von Gebern hinterlassene Lücke nicht füllen würde.“ (House of Commons International Development Committee, 2007).

1.3. Soziale und institutionelle Erosion vor dem Hintergrund einer Überlebenswirtschaft

21. Die Nichtzahlung der Löhne der Beschäftigten des öffentlichen Sektors aufgrund der Wirtschaftssanktionen hat zur sozialen und institutionellen Erosion beigetragen. Ständige Arbeitsniederlegungen von Staatsangestellten in verschiedenen Ministerien sowie im Bildungs- und Gesundheitssektor haben nicht nur die Bereitstellung grundlegender Dienste unterbrochen, sondern sich auch auf andere Dienste des öffentlichen Sektors nachteilig ausgewirkt, da die Regierung mit Vorrang darauf achtete, eingehende Mittel für die Zahlung von Löhnen zu verwenden.

22. Eine der wichtigsten Formen institutioneller Schäden war die Fragmentierung des palästinensischen Finanzsystems durch die Einstellung der Zahlungen an die Regierung. Dies hat die in den Jahren 2002 und 2003 durchgeführten Finanzreformen, darunter insbesondere die Einrichtung der zentralen Haushaltsführung (Single Treasury Account) mit dem Ziel, einen transparenten und effizienten Umgang mit finanziellen Mitteln zu gewährleisten, unterminiert. Gegenwärtig erfolgt das Management der Finanzmittel der Palästinensischen Behörde auf mindestens drei verschiedenen Wegen: durch das Büro des Präsidenten, das Finanzministerium und den TIM.

1.4. Hoffnungsvolle Zeichen

23. Der wichtigste Schritt zur Wiederbelebung der Hoffnung ist die Beendigung der politischen und wirtschaftlichen Isolierung der Regierung. Die Vereinbarung von Mekka hat den Weg zur Gründung einer Regierung der Nationalen Einheit bereitet⁷. Das Nahost-Quartett wiederholte in seiner Erklärung vom 21. März 2007 die Bedingungen, unter denen es die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Palästinensischen Behörde wiederaufnehmen würde: Anerkennung Israels, Verzicht auf Gewalt und die Anerkennung früherer Vereinbarungen, einschließlich des Fahrplans (Road Map) (Vereinte Nationen, 2007a).

24. Das Quartett fügte hinzu, dass „das Engagement der neuen Regierung ... nicht nur anhand ihrer Zusammensetzung und Plattform, sondern auch an ihren Handlungen gemessen werden wird“ (ebd.).

25. Ein weiterer Schritt erfolgte auf der 19. Gipfelkonferenz des Rates der Arabischen Liga in Riadh am 28. und 29. März 2007, wo die Führer von 21 arabischen Ländern einstimmig eine Erklärung annahmen, in der sie ihre Verbundenheit und Übereinstimmung

⁷ Die neue Regierung, deren Kabinett aus Mitgliedern der Fatah und Hamas sowie aus unabhängigen Personen besteht, nahm am 17. März 2007 die Amtsgeschäfte auf.

mit der von Saudi-Arabien vorgeschlagenen arabischen Friedensinitiative erneuerten, die vom Beiruter Gipfel der Arabischen Liga im Jahr 2002 gebilligt worden war⁸.

26. Auf dem Gipfel von Riadh wurde die internationale Gemeinschaft außerdem aufgefordert, die den palästinensischen Volk aufgezwungenen Belagerungsmaßnahmen unverzüglich aufzuheben, die palästinensische Einheitsregierung anzuerkennen und sie ohne Diskriminierung zu behandeln⁹. Dieser Standpunkt wurde auch in einer Entschließung der 34. Tagung der Arabischen Arbeitskonferenz unterstützt, die die Arabische Arbeitsorganisation im März 2007 veranstaltete¹⁰.

27. In Anbetracht dieser jüngsten Entwicklungen und des wachsenden internationalen Bewusstseins für die Untragbarkeit der derzeitigen Situation in den Gebieten gibt es Anzeichen für die Bereitschaft, mit der neuen palästinensischen Regierung der Nationalen Einheit in Verbindung zu treten. Norwegen war das erste Land, das seine Politik gegenüber der neuen Regierung geändert hat. Einige Länder wie China und die Schweiz haben ihre Beziehungen zur Palästinensischen Behörde nie abgebrochen. Die Russische Föderation, Frankreich und eine Reihe anderer europäischer Länder erwägen ebenfalls finanzielle Überweisungen an die Regierung. Das Quartett hat den Temporären Internationalen Mechanismus bis Ende Juni 2007 verlängert und bemüht sich in der Zwischenzeit um einen neuen „nachhaltigen“ Hilfsmechanismus (Oxfam, 2007).

28. Die Außenministerin der Vereinigten Staaten, Condoleezza Rice, traf am 17. April 2007 in Washington mit dem palästinensischen Finanzminister Salam Fayyad und einem unabhängigen Mitglied der neuen Regierung der Nationalen Einheit zusammen, um Bankgeschäfte zu erörtern. Unter Hinweis darauf, dass die Regierung im Jahr 2007 1,8 Milliarden US-Dollar benötigt, einschließlich des für Löhne im Jahr 2006 aufgelaufenen Defizits von 640 Millionen US-Dollar, rief Minister Fayyad dazu auf, die Restriktionen in Bezug auf die direkte Haushaltsunterstützung der Palästinensischen Behörde aufzuheben (Haaretz, 2007a). Die neue Regierung hat der Suche nach einer Lösung für den finanziellen Belagerungszustand Priorität eingeräumt.

29. Eine kürzlich vom Medien- und Kommunikationszentrum in Jerusalem nach Gründung der Regierung der Nationalen Einheit durchgeführte Meinungsumfrage zeigt, dass das wichtigste Anliegen des palästinensischen Volkes darin besteht, dass die neue Regierung Lösungen für die schwierige finanzielle und wirtschaftliche Lage findet, in der sie sich befindet. Die Beendigung der chaotischen Situation im Bereich der Sicherheit und die Durchsetzung von Recht und Ordnung standen an zweiter Stelle. Anschließend folgten Reformen, Bekämpfung von Korruption und die Vergrößerung israelischer Siedlungen sowie die Fortsetzung des Friedensprozesses. Außerdem äußerten sich annähernd 70 Prozent der befragten Palästinenser optimistisch hinsichtlich der Vereinbarung von Mekka und der neuen Regierung (JMCC, 2007).

⁸ In dieser Initiative wird aufgerufen zu einem vollständigen israelischen Rückzug aus allen seit 1967 besetzten Gebieten, einer gerechten Lösung für das palästinensische Flüchtlingsproblem im Einklang mit der Generalversammlungsratsresolution 194 der Vereinten Nationen und der Akzeptanz der Schaffung eines souveränen unabhängigen palästinensischen Staates in den seit dem 4. Juni 1967 im Westjordanland und Gazastreifen besetzten palästinensischen Gebieten mit Ostjerusalem als Hauptstadt. Für Einzelheiten siehe: www.saudi-us-relations.org/fact-book/documents/2006/060609-arab-peace-plan.html.

⁹ Siehe Beschlüsse des Gipfels, unter www.mideastweb.org/arabsummit2007.htm.

¹⁰ Resolution confirming all the resolutions in support of the Palestinian cause, Entschließung Nr. 1359 der Arabischen Arbeitskonferenz, 34. Tagung, März 2007.

2. Fortsetzung der systematischen strengen Abriegelung und Kontrolle

30. Der Güter- und Personenverkehr unterliegt im und zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen nach wie vor einer strengen Kontrolle durch die israelische Politik physikalischer Barrieren und Genehmigungen, d.h. der „Abriegelung“. Erklärter Zweck dieses Systems der Abriegelung ist es, israelische Bürger vor Angriffen militanter Palästinenser zu schützen. Viele Palästinenser und andere Beobachter sind jedoch der Auffassung, dass das Abriegelungs- und Kontrollsystem nicht nur eine überproportionale Reaktion auf die tatsächliche Bedrohung, sondern auch eine Form kollektiver Bestrafung und die Hauptursache für die sich ausbreitende humanitäre und wirtschaftliche Krise ist, in der sich das palästinensische Volk befindet. Einschränkungen der Bewegungsfreiheit teilen palästinensische Gemeinschaften und behindern den Zugang zu Grund und Boden, Unternehmen und Arbeitsplätzen sowie zu grundlegenden sozialen Diensten wie Gesundheit und Bildung.

2.1. Interne Abriegelung und Fragmentierung des Westjordanlandes

31. Im Westjordanland dienen zur Einschränkung und Kontrolle des Personenverkehrs Hindernisse wie Kontrollstellen, Tore, Metallgitter, Erdwälle, Schranken und Gräben sowie die Sperrmauer um das Westjordanland, die zum größten Teil östlich der Waffenstillstandslinie von 1949 (der „grünen Linie“) innerhalb des Westjordanlandes gebaut und durch ein ausgefeiltes undurchsichtiges System von Genehmigungen ergänzt wird. Dies führt zu einer Fragmentierung¹¹, die palästinensische Bevölkerungsräume voneinander trennt, insbesondere Nablus, Jerusalem und das Jordantal. Das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) ist der Auffassung, dass sich dieser Trend im Lauf des Jahres 2006 verstärkt hat (OCHA, 2006a). Die Übersicht 2.1 zeigt Abriegelungsmaßnahmen im Westjordanland nach Distrikten zu unterschiedlichen Zeitpunkten zwischen Januar 2006 und März 2007 sowie die Zahl der Erwerbstätigen, die in jedem Distrikt von diesen Maßnahmen betroffen waren.

32. Die Gesamtzahl der internen Abriegelungen ist im Lauf des Jahres 2006 bis März 2007 langsam auf 547 physische Hindernisse angestiegen (OCHA, 2007a). Nicht inbegriffen in dieser Zahl sind weitere 76 Kontrollstellen und Hindernisse in der Altstadt von Hebron (Zone H2)¹². Nicht einbezogen ist ferner die große und weiter ansteigende Zahl unangemeldeter oder „fliegender“ Kontrollstellen, die oft während der Hauptverkehrszeit morgens und abends auf den wichtigsten Transitstraßen errichtet werden und die Bewegungsfreiheit der Palästinenser erheblich beeinträchtigen (ebd.). Hebron im Süden und Nablus im Norden, zwei Distrikte mit einer großen Erwerbsbevölkerung, zählen auch zu den isoliertesten und geschlossensten Städten im Westjordanland.

¹¹ Im letztjährigen Bericht wurde bereits festgestellt, dass diese Fragmentierung eine horizontale Dreiteilung des Westjordanlandes bewirkt, wobei Reisen zwischen den nördlichen, zentralen und südlichen Regionen des Westjordanlandes immer schwieriger werden (IAA, 2006, Abs. 20).

¹² Mit dem Hebron-Protokoll, unterzeichnet am 17. Jan. 1997 von Israel und der Palästinensischen Behörde, wurde eine gesonderte Zone (H 2) geschaffen, die etwa 20 Prozent der Stadt Hebron umfasst. Es war vorgesehen, dass die Palästinensische Behörde die Verwaltungsdienste für diese Zone bereitstellt, Israel aber uneingeschränkt die Sicherheitskontrollen übernehmen würde. In dieser Zone wohnen etwa 400 israelische Siedler inmitten von 35.000 Palästinensern (und etwa 170.000 Palästinensern in der Stadt Hebron insgesamt). Diese Siedler werden von 1.500 Soldaten der israelischen Streitkräfte geschützt.

Übersicht 2.1. Interne Abriegelungsmaßnahmen (physische Hindernisse) und geschätzte Zahl der betroffenen Erwerbstätigen, nach Distrikt im Westjordanland

Zahl der Abriegelungsmaßnahmen:	Jan. 2006	Juni 2006	Okt. 2006	März 2007	Erwerbstätige (4. Quartal 2006)
Bethlehem	33	35	39	37	41.000
Hebron	187	174	203	219	133.300
Jenin	7	22	17	14	71.200
Jericho	14	14	12	15	11.600
Jerusalem	40	43	36	36	107.500
Nablus	73	86	78	84	93.600
Qalqiliya	8	10	16	11	24.700
Ramallah	57	64	62	71	71.700
Salfit	23	30	30	30	19.800
Tubas	7	10	8	8	11.500
Tulkarem	22	30	22	22	49.200
Insgesamt	471	518	523	547	635.100

Quellen: OCHA: *West Bank closure maps*, unter www.ochaopt.org; Erwerbstätigenzahlen vom PCBS, 2007a.

Kasten 2.1 Leben unter den Siedlern

Die IAA-Mission besuchte den früher blühenden Markt im Zentrum Hebrons, im südlichen Teil des Westjordanlandes. Fast alle Geschäfte sind nun mit dunkelgrünen Fensterläden geschlossen.

In einer engen Straße haben die Palästinenser unter den oberen Etagen der Häuser Maschendraht befestigt, da die oberen Wohnungen von Siedlern belegt sind, die ständig Abfall und Unrat auf die Straße und dort befindliche Frauen, Männer oder Kinder werfen.

Die israelischen Streitkräfte, deren Anzahl nach Angaben gegenüber der IAA-Mission dreimal so hoch ist wie die der Siedler, machen keine besonderen Anstrengungen, um Beschimpfungen, körperliche Gewalt oder die Einschüchterung von Palästinensern durch Siedler in den Straßen zu verhindern (siehe Ynetnews, 2007).

Die IAA-Mission beobachtete, dass Einwohner von Hebron, die in der Moschee beten wollten, von den israelischen Streitkräften mindestens dreimal kontrolliert wurden.

33. Das Jordantal ist inzwischen vom restlichen Westjordanland sehr isoliert. Die israelischen Streitkräfte erklärten, dass ab August 2006 nur Palästinenser mit einer schriftlichen Aufenthaltsgenehmigung für das Jordantal in ihren Ausweispapieren, Inhaber eines Ausweises von Jericho mit einer „Kontrollstellengenehmigung für das Westjordanland“ sowie Palästinenser mit einer Arbeitserlaubnis für israelische Siedlungen im Jordantal in der Lage sein würden, an vier Kontrollstellen in das Jordantal einzureisen. Dies hat zur Folge, dass palästinensische Landbesitzer, die nicht im Jordantal wohnen, keinen Zugang zu ihrem Grund und Boden haben.

34. Der Transport landwirtschaftlicher Erzeugnisse des Jordantals an andere palästinensische Märkte erfolgte bislang aufgrund der Nähe durch die Stadt Nablus; hierfür sind nun zwei getrennte Genehmigungen erforderlich: eine vom Sektor-Kommandeur der israelischen Streitkräfte für das Passieren des Jordantals und eine zweite von der

Zivilverwaltung der israelischen Streitkräfte zum Betreten des Hauptmarkts von Nablus. Der Mission wurde mitgeteilt, dass der Transport landwirtschaftlicher Produkte aus dem Jordantal in das Stadtzentrum von Nablus aufgrund der Unberechenbarkeit des Abriegelungssystems und umfassender Absperrungsmaßnahmen in diesen beiden Gebieten im vergangenen Jahr immer schwieriger wurde, worunter die gewerblichen Tätigkeiten in Nablus nach Angaben des Präsidenten der dortigen Handelskammer sehr gelitten haben. Um der strengen Abriegelung der Stadt Nablus zu entgehen und weiterhin ein Einkommen zu erzielen, sind viele Kleinunternehmer in Dörfer oder Straßen außerhalb der Stadtgrenzen umgezogen. Die zunehmende territoriale Fragmentierung des Westjordanlandes als Folge der Abriegelung unterbricht auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen traditionell voneinander abhängigen Bevölkerungsgruppen.

Kasten 2.2

Räumungsbefehl in Al Hadidiya für eine palästinensische Hirtengemeinschaft

Al Hadidiya befindet sich im nördlichen Jordantal unmittelbar hinter der Roi-Siedlung in der Nähe der Straße 578, welche die Kontrollstellen Hamra und Bisan verbindet. In diesem Bereich, dessen größter Teil von den israelischen Streitkräften zu einer Militärlzone erklärt wurde, leben etwa 80 bis 100 Menschen von der Schafzucht. Die IAA-Mission besuchte die Gemeinschaft am 20. April und sprach mit dem Familienoberhaupt Abu Ahmad. In der Vergangenheit hatte die Zivilverwaltung der israelischen Streitkräfte mehrere Räumungsbefehle ausgesprochen, deren Gültigkeit jedoch abgelaufen ist. Nach einer Petition der Roi-Siedlung, in der behauptet wurde, die Gemeinschaft stelle ein mögliches Sicherheitsrisiko dar, beschloss der Oberste Gerichtshof Israels, die Gemeinschaft müsse bis zum 10. Februar 2007 das Gebiet räumen. Die israelischen Streitkräfte hatten der Gemeinschaft mitgeteilt, dass der Räumungsbefehl am 22. April 2007 in Kraft treten würde. Es wurde kein adäquater Umsiedlungsvorschlag gemacht. Abu Ahmad beschwerte sich über die schlechte Behandlung durch das Militär, insbesondere beim Einfangen von Tieren. „Die Israelis wollen, dass wir zu Hause bleiben und Kinder aufziehen, die als Arbeitskräfte für die Siedler arbeiten“, erklärte er.

2.2. Aktive Ansiedlung jüdischer Bevölkerungsgruppen in den besetzten arabischen Gebieten

35. Die internationale Gemeinschaft ist der Auffassung, dass die Ansiedlung von Bevölkerungsgruppen in gewaltsam eroberten Gebieten illegal ist und das Völkerrecht verletzt.

In der Resolution 465 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen von 1980 wurde festgestellt, dass:

... alle Maßnahmen Israels zur Veränderung des physischen Charakters, der demographischen Zusammensetzung, der institutionellen Struktur oder des Status der palästinensischen und anderen seit 1967 besetzten arabischen Gebiete, einschließlich Jerusalems bzw. irgendeines Teils dieser Gebiete keine Rechtsgültigkeit besitzen und dass Israels Politik und Praxis, Teile seiner Bevölkerung sowie Neueinwanderer in den genannten Gebieten anzusiedeln, eine flagrante Verletzung des Genfer Abkommens zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten darstellt und ferner ein ernstes Hindernis auf dem Weg zu einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden im Mittleren Osten bildet;

36. Die Entschließung über die Auswirkungen der israelischen Siedlungen in Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten im Zusammenhang mit der Lage der arabischen Arbeitnehmer, die von der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 66. Tagung (1980) angenommen worden war, verwies auf die Auswirkungen der Siedlungspolitik im Hinblick auf abnehmende Arbeitsmöglichkeiten in den besetzten Gebieten und die psy-

chologischen, geistigen und materiellen Schäden für arabische Arbeitnehmer. Sie verwies ferner auf die eklatante Verletzung der Rechte und der Vereinigungsfreiheit der arabischen Arbeitnehmer in den besetzten Gebieten.

37. Die Ansiedlung jüdischer Bevölkerungsgruppen hat sich in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ostjerusalems, auch 2006 fortgesetzt. Es gibt zahlreiche Hinweise auf aktive Bautätigkeiten in bestehenden Siedlungen, auf Siedler, die an neue Orte ziehen und in Häuser einziehen oder diese beschlagnahmen, auf neue, von Siedlern errichtete „Außenposten“ und auf Agrarland, das von Siedlergruppen für Erwerbszwecke genutzt wird.

2.2.1. Siedlungen im Westjordanland

38. Nach Angaben des Statistischen Zentralamts Israels gab es Ende 2005 119 Siedlungen mit 247.300 Einwohnern, ein Anstieg von mehr als 118.000 Personen seit 1995 (Übersicht 2.2). Peace Now zählte 121 „offizielle“ Siedlungen im Jahr 2005 sowie weitere 101 unerlaubte Außenposten oder entstehende Siedlungen in verschiedenen Bauphasen, einschließlich von Schutzräumen und Sperrgebieten (Peace Now, 2005). Die bebaute Fläche der Siedlungen umfasst 3 Prozent des Westjordanlandes, die Kontrolle hingegen erstreckt sich auf 40 Prozent des Gebiets.

Übersicht 2.2. Israelische Siedlungen im Westjordanland und Ostjerusalem, 2005

	Siedlerbevölkerung (in Tausend)	Anzahl der Siedlungen	Siedler als Prozentsatz der Gesamtbevölkerung des Gebiets
Westjordanland	247,3	119	10,0
Ostjerusalem	182,0	12	42,6

Quellen: Westjordanland: Statistisches Zentralamt Israels, 2006, Tabelle 2.7; Ostjerusalem: Jerusalem Institute for Israel Studies: *Statistical Yearbook of Jerusalem*, 2002–03 und 2005, und *Haaretz*, 24. Mai 2006, zitiert in PASSIA, 2006.

39. Die Besatzungsmacht erstellt gegenwärtig ein großes Straßennetz, das die Siedlungen mit Israel verbindet. Die meisten dieser Straßen sind ausschließlich Siedlern und den israelischen Streitkräften vorbehalten. Von Siedlern genutzte Straßen sind für Palästinenser gesperrt. Soweit erforderlich, wird durch Tunnel und Umgehungsstraßen gewährleistet, dass von Palästinensern genutzte Straßen keine Verbindung zu von Siedlern genutzten Straßen haben.

2.2.2. Siedlungen und Abriegelungen in Ostjerusalem

40. Die jüdische Siedlerbevölkerung in Ostjerusalem wird auf etwa 182.000 Personen geschätzt, die inmitten von 245.000 palästinensischen Moslems, Christen usw. leben. Die jüdische Siedlerbevölkerung nimmt zu und erwirbt immer mehr Häuser. Die Stadtverwaltung Jerusalems diskriminiert Palästinenser auf unterschiedliche Weise. Erstens erteilt sie Palästinensern selten Baugenehmigungen. Zweitens ist die Qualität der kommunalen Dienste wie die der Sozialdienste in Ostjerusalem aufgrund finanzieller Einschränkungen geringer. Die Pro-Kopf-Ausgaben für arabische Einwohner Jerusalems sind weitaus niedriger als für andere Einwohner der Stadt.

41. Nur vier der zwölf Übergänge und Kontrollstellen, über die man von Osten nach Ostjerusalem einreisen kann, stehen Palästinensern offen. Um den Jerusalem-Personalausweis zu behalten, der ursprünglich Palästinensern ausgestellt wurde, die sich weigerten, die israelische Staatsbürgerschaft anzunehmen, muss jetzt ein Wohnsitznachweis für die Stadt vorliegen. Dies hat dazu geführt, dass viele Einwohner in die Stadt zurückge-

kehrt sind, und diejenigen, die hohe Mieten zahlen können, kommen in überfüllten Unterkünften unter. Andere haben sich entschlossen, sich östlich der Sperrmauer im Westjordanland niederzulassen. Die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen beiden Seiten der Mauer in der Stadt werden zunehmend schwächer.

42. In Gesprächen mit palästinensischen Geschäftsinhabern in der Altstadt erfuhr die IAA-Mission, wie die sich ändernden Zugangsregelungen ihre geschäftlichen Tätigkeiten erschweren. Sie hörte von intransparenten Regelungen der Behörden in Bezug auf die Zahlung von Steuern und dem korrupten Verhalten der Polizei, die unklare Regelungen durchsetzt. Die Zahl der Tage, an denen die Geschäftsinhaber ihrer gewerblichen Tätigkeit nachgehen konnten, hat sich aufgrund der wiederholten Abriegelungen für Palästinenser verringert.

2.3. Die Sperrmauer im Westjordanland

43. Am 30. April 2006 genehmigte das israelische Kabinett einen geänderten Verlauf der Sperrmauer um das Westjordanland, die sich dadurch gegenüber der früher geplanten 670 Kilometer auf etwa 703 Kilometer verlängert (OCHA, 2006b). Bis März 2007 waren 59 Prozent der Sperrmauer fertiggestellt, und dies trotz des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs vom 9. Juli 2004 und der anschließenden Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen¹³, in der eine unverzügliche Einstellung und Umkehr der Bautätigkeiten und eine Wiedergutmachung sämtlicher verursachter Schäden gefordert wurde. Nur 20 Prozent der geänderten Route der Sperrmauer verläuft entlang der Grünen Linie, und 575 Quadratkilometer (oder 10,17 Prozent) des Westjordanlandes fallen in die „Randzone“ zwischen der Mauer und der Grünen Linie (auch in Ostjerusalem) (ebd.), so auch ein Großteil des fruchtbaren Ackerlandes und der Wasserressourcen des Westjordanlandes¹⁴.

44. Im Norden, wo die Sperrmauer fertiggestellt worden ist, haben die israelischen Streitkräfte auf der Westjordanseite zwangsweise eine Pufferzone von 150 bis 200 Metern eingerichtet, in der keine Neubauten errichtet werden dürfen. Im Gazastreifen ist diese Pufferzone auf 500 Meter ausgedehnt worden, und Palästinensern ist der Zugang in diesen Bereich vollständig untersagt. Diese Pufferzonen bilden letztlich einen beträchtlichen Teil eines möglicherweise produktiven palästinensischen Gebiets, das so unbenutzbar ist.

45. Etwa 180.000 jüdische Siedler im Westjordanland (73 Prozent der Siedlerbevölkerung des Westjordanlands) und eine etwas größere Zahl aus Ostjerusalem auf der westlichen Seite werden sich zwischen der Sperrmauer und der Grünen Linie befinden. Der derzeitige Verlauf hätte zur Folge, dass 60.500 Palästinenser aus 42 Dörfern in der Randzone leben, darunter 31.400 Palästinenser in zwölf Dörfern, die vollständig von der Sperrmauer umschlossen sein werden. Darüber hinaus werden 124.300 Palästinenser, die in 28 Ortschaften auf der Ostseite leben, von drei Seiten von der Mauer umschlossen sein, während sie von der vierten Seite aus durch eine dazugehörige physische Struktur kontrolliert werden (ebd.). Im Norden erhalten Landbesitzer in der Randzone weiterhin eine Genehmigung zum Betreten von Sperrzonen; nach Angaben des OCHA ist jedoch die Zahl der Genehmigungen, die für landwirtschaftliche Arbeitskräfte und Angehörige von Landbesitzern, die bei der Kultivierung des Landes helfen, erheblich zurückgegangen (ebd.). Gleichzeitig gibt es offenbar immer mehr Fälle, in denen Haushaltsvorstände

¹³ Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen A/RES/ES-10/15, 20. Juli 2004.

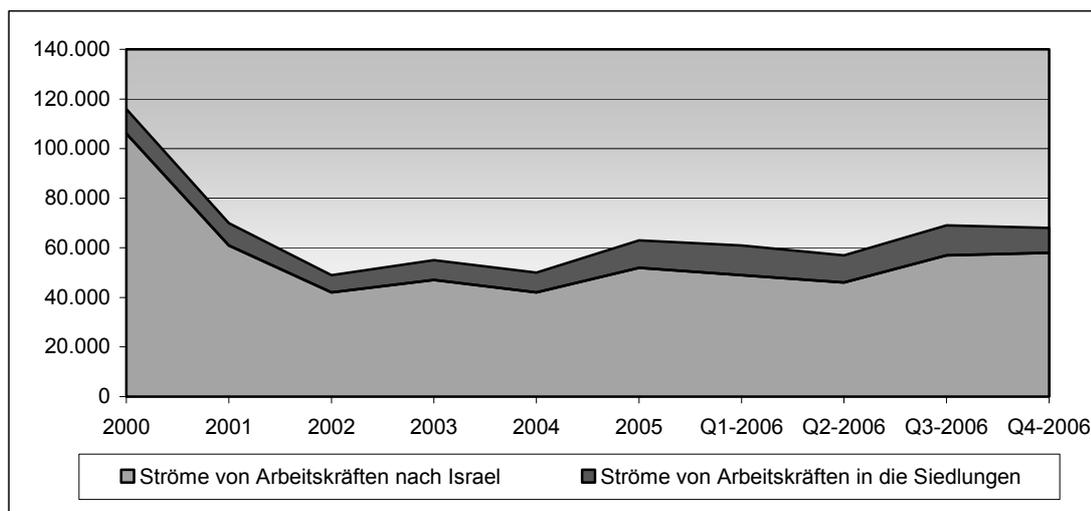
¹⁴ Siehe beispielsweise *Palestine Monitor fact sheets*, unter www.palestinemonitor.org

in der Randzone auf der Suche nach Arbeit wegziehen, während ihre Familien zurückbleiben, um nicht ihre Häuser zu verlieren.

2.4. Unterschiedliche Genehmigungssysteme und Ströme von Arbeitskräften

46. Das Genehmigungssystem ist komplex und uneinheitlich. Ein massiver Rückgang der Zahl der Arbeitsgenehmigungen für Israel und die umfassende physische Abriegelung der besetzten Gebiete seit Beginn der zweiten Intifada im Jahr 2004 (die zunehmend durch die Sperrmauer im Westjordanland zementiert wird) führten zu einem enormen Rückgang des Zustroms von Arbeitskräften nach Israel, von mehr als 140.000 im Jahr 1999 auf 53.000 im Jahr 2006. Seit April 2006 ist der Zustrom von Arbeitskräften aus dem Gazastreifen zum Stillstand gekommen, während schätzungsweise 15.000 bis 20.000 aller palästinensischen Arbeitskräfte „Illegale“ sind, d.h. sie haben keine Genehmigung. Nach einem Bericht von B'Tselem aus dem Jahr 2007 nahm allein die israelische Grenzpolizei 2005 148.417 Palästinenser ohne Arbeitserlaubnis fest, weitere 51.000 vom 1. Januar bis 14. Juni 2006 (B'Tselem, 2007a). Es liegt auf der Hand, dass Zehntausende verzweifelter Palästinenser angesichts unzureichender Einkommensmöglichkeiten in den besetzten Gebieten bereit sind, auf der Suche nach einem Lebensunterhalt für sich und ihre Angehörigen das Risiko einer illegalen Einreise nach Israel einzugehen.

Abbildung 2.1. Ströme palästinensischer Arbeitskräfte nach Israel und in die Siedlungen



Quelle: PCBS, Arbeitsmarkterhebungsdatenbank.

47. In Verbindung mit dem zunehmenden Ausschluss von Palästinensern aus den Arbeitsmärkten in Israel verzeichneten die Siedlungen einen relativen Beschäftigungszuwachs von Palästinensern. Die Zahl der in den Siedlungen beschäftigten Palästinenser stieg von 10.000 im Jahr 2000 auf 11.000 im Jahr 2006. Im gleichen Zeitraum nahm der Zustrom von Arbeitskräften in die israelische Wirtschaft um 50 Prozent ab. Der Anteil der Beschäftigung in den Siedlungen an den Strömen palästinensischer Arbeitskräfte insgesamt ist daher 2006 auf 20 Prozent angestiegen. Zudem geht aus den vom israelischen Koordinator für Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT) zur Verfügung gestellten Daten über Genehmigungen hervor, dass es eine aktive Politik zur Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeiten von Palästinensern in israelischen Siedlungen im

Westjordanland gibt: Die Gesamtzahl der Arbeitsgenehmigungen für die Siedlungen stieg von 13.600 im Mai 2006 auf 17.600 im Januar 2007 und erreichte im März 2007 18.400 (COGAT, 2007). Siedlungen in den besetzten Gebieten sind nach dem Völkerrecht illegal und stellen einen der größten Verstöße der Besatzung und ein wichtiges Hindernis für den Frieden dar. Aufgrund der extrem einschränkenden sozioökonomischen Bedingungen bleibt immer mehr Palästinensern nichts anderes übrig, als ihren Lebensunterhalt in den Siedlungen und den von Israel kontrollierten Industriegebieten im besetzten Westjordanland zu verdienen.

Kasten 2.3
„Zurück zur Mauer“

Der Mission gegenüber wurde erklärt, „dass rechtliches Chaos, ungewisse Rechte und eingeschüchterte Arbeitskräfte“ das Leben im Westjordanland kennzeichnen.

Aufgrund der Sperrmauer sind einige Industriezonen, die sich in der Nähe der Siedlungen im Westjordanland befinden, für israelische Geschäftsleute interessanter geworden. Es heißt, dass verzweifelte palästinensische Männer, Frauen und schon 10jährige Kinder im Baugewerbe, in der Landwirtschaft, in Fabriken oder Häusern in Siedlungen und Industriezonen eine Beschäftigung annehmen, die sich durch lange Arbeitszeiten, unzureichenden Schutz gegen Arbeitsgefahren und eine Entlohnung unter dem Mindestlohn auszeichnet. Es wird nichts gegen Arbeitsunfälle unternommen. Die Angst vor dem Verlust dieser Beschäftigung führt dazu, dass die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen nicht gemeldet werden. Die IAA-Mission hörte von Kindern, die in den Siedlungen auf Palmen klettern, um Datteln zu ernten.

Es gibt keine schriftlichen Arbeitsverträge und keine Lohnzettel. Es wurde berichtet, dass israelische Gerichte, zu denen praktisch kein Zugang besteht, in keinem Fall israelische Arbeitsgesetze oder Anweisungen der Zivil- oder Militärverwaltung durchsetzen und stattdessen bestimmen, dass das jordanische Recht von vor 1967 anwendbar ist (Haaretz, 2007b).

In Tel-Aviv ersuchte die Mission bei Treffen mit Vertretern des Israelischen Arbeitgeberverbands und der Histadrut sowie des israelischen Koordinators für Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT) und des Ministeriums für Industrie, Handel und Arbeit vergeblich um Klärung darüber, welche Arbeitsgesetze anwendbar sind und welche Vollzugsbehörde für die palästinensischen Arbeitskräfte zuständig ist, die in den von den israelischen Streitkräften bewachten israelischen Siedlungen beschäftigt werden.

2.5. Gaza im Würgegriff

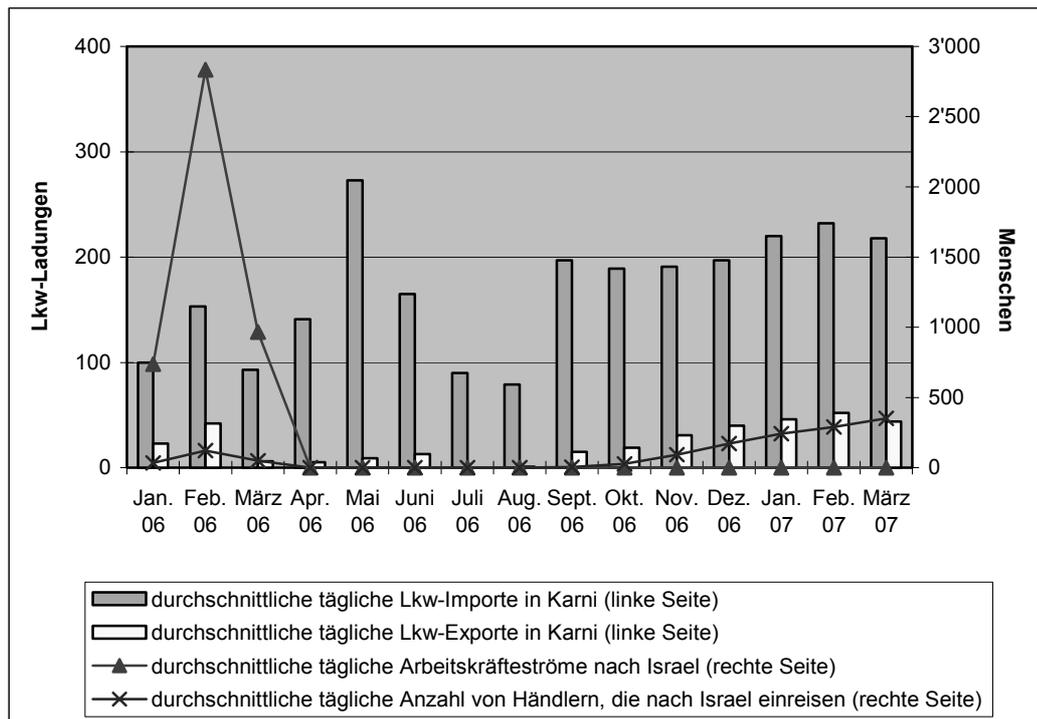
48. Israel hat nach wie vor die Kontrolle über die Grenzen, die Küste und den Luftraum Gazas und grenzt dessen Bevölkerung von 1,5 Millionen Einwohnern in einem Gebiet aus, das der Mission gegenüber häufig als ein großes Gefängnis bezeichnet wurde. Die Übergangsstelle Rafah nach Ägypten war nur zum Teil während der vorgesehenen Öffnungszeiten (6 Prozent im Juli 2006, Anstieg auf 48 Prozent bis März 2007; OCHA, 2007a) geöffnet. Erez bleibt die einzige Übergangsstelle für den Personenverkehr von und nach Israel, und die Abfertigungsstelle Karni¹⁵ ist die einzige Zugangsstelle für Handelswaren¹⁶.

¹⁵ Die Abfertigungsstelle Karni ist eine Übergangsstelle für die Umladung von Lastwagen, wo alle Ausgangswaren untersucht, versiegelt und in Austauschammern auf israelische Lkws für den Transport nach/durch Israel umgeladen werden. Eingangswaren auf israelischen Lkws werden auch untersucht und auf palästinensische Lastwagen umgeladen. Es gibt strenge Begrenzungen für die Palettengröße, und Containerwaren vom Westjordanland nach Gaza sind vollständig untersagt.

¹⁶ Zusätzlich zu diesen Übergangsstellen wird Brennstoff durch die Übergangsstelle Nahal Oz importiert, und Importe von Kiessandgemischen (Schotter für Bauzwecke) sind über Sufa zugelassen.

49. Abbildung 2.2 zeigt Tendenzen bei den Arbeitskräfteströmen durch Erez und den Güterbewegungen durch Karni seit Januar 2006. Der Zustrom von Arbeitskräften von Gaza nach Israel schwankte stark und ging im Allgemeinen seit Beginn der Intifada zurück. Insbesondere nach der Abriegelung der Industriezone Erez im September 2005 gab es einen steilen Rückgang. Der israelische Arbeitsmarkt war im Februar 2006 für nahezu 3.000 Bewohner des Gazastreifens eine wichtige Einkommensquelle, der Zugang dazu ist aber seit April 2006 völlig verschlossen. Gegen Ende 2006 und im ersten Quartal 2007 stieg die Zahl der Händler, denen der Zugang zu Israel erlaubt wurde, leicht an.

Abbildung 2.2. Bewegungsfreiheit in Gaza: Handelsgüter und Arbeitskräfte



Quelle: OCHA, 2007a.

50. Die Übergangsstelle Karni war ebenfalls während eines großen Teils des Jahres 2006 gesperrt. Täglich importierten durchschnittlich 156 Lastwagen Güter nach Gaza (einschließlich humanitärer Hilfslieferungen), und lediglich 17 Lkws exportierten Güter aus Gaza. Der Lastwagenverkehr stieg zwar Anfang 2007 geringfügig an, blieb jedoch deutlich unter der in der Vereinbarung über Bewegungsfreiheit und Zugang (AMA vom 15. November 2005) festgelegten Zahl von 400 Lkws pro Tag bis Ende 2006. Die Abfertigungsstelle ist nach Angaben der Weltbank ineffizient, unzuverlässig, zu teuer und leidet unter einem hohen Maß an Korruption (Weltbank, 2007a). Die Regierung Israels errichtet derzeit im Westjordanland mehrere Abfertigungsstellen für Exporte ähnlich der Abfertigungsstelle Karni. Es steht zu hoffen, dass die nicht überzeugende Erfahrung mit Karni einen Einfluss auf künftige Entscheidungen über die Funktionsweise derartiger Abfertigungsstellen haben wird.

51. Das Umladesystem von einem Lkw auf einen anderen, das beim Transport aller Güter aus Gaza und dem Westjordanland nach und durch Israel vorgeschrieben ist, ist ein weiteres Instrument der strengen israelischen Kontrolle, das Transaktionskosten und Wartezeiten erheblich erhöht und sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit und Verlässlichkeit palästinensischer Exporte auswirkt. Außerdem erhöht das System die Importkosten. Nach Angaben des Palästinensischen Industrieverbandes bedeuten die im

Zusammenhang mit diesem System entstehenden Transaktionskosten – und insbesondere die oft halsabschneiderischen Summen, die israelische Fuhrunternehmer palästinensischen Unternehmen abverlangen, um einen Platz in der Schlange israelischer Lkws zu erhalten, auf die die Umladung an den Grenzen erfolgt, dass sich die Durchschnittskosten für eine Lieferung vom Westjordanland nach Gaza nun auf 20.000 Neue Israeli-sche Schekel (NIS) (ungefähr 5.000 US-Dollar) belaufen. Die höchsten registrierten Frachtkosten betragen 35.000 NIS (8.750 US-Dollar) (Palästinensischer Industrieverband, 2007).

52. Aus Gesprächen mit palästinensischen Geschäftsleuten und Erhebungen geht außerdem hervor, dass die Gesamtkosten über die bloßen Transportkosten hinausgehen: Beschädigung von Waren durch zu große Verzögerungen und falsche Handhabung sowie die Unfähigkeit, feste Liefertermine einzuhalten, tragen zu den Schwierigkeiten palästinensischer Exporteure bei.

53. Seit Oktober 2006 haben die israelischen Streitkräfte aus Sicherheitsgründen die Fischerei auf strikt sechs Seemeilen vor der Küste des Gazastreifens beschränkt¹⁷ (und ein absolutes Verbot über die Fischerei in einem Radius von drei Kilometern ab der nördlichen Grenze mit Israel und zwei Kilometern ab der südlichen Grenze mit Ägypten verhängt). Diese Beschränkungen der Fischereirechte führten zu einer Überfischerei in den seichten Küstengewässern, was wiederum zu einer gravierenden Abnahme der Fischbrutstätten führte. Auf Fischerei entfällt in Gaza 4 Prozent des palästinensischen BIP, aber die Einkommen der 3.000 registrierten Fischer sowie der Tausenden, deren Lebensunterhalt von diesem Industriezweig abhängt, sind seit Beginn der Intifada stark zurückgegangen. Das Jahreseinkommen in diesem Industriezweig ist gegenüber dem Stand Ende der neunziger Jahre (10 Millionen US-Dollar) um mehr als die Hälfte

Kasten 2.4

Israelische Maßnahmen für palästinensische Arbeitskräfte

Der israelische Koordinator des Verteidigungsministeriums für Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT) informierte die IAA-Mission über die Schritte, die ergriffen worden sind, um die kontrollierte Bewegungsfreiheit und Beschäftigung von Palästinensern zu fördern, soweit Israels Sicherheitserwägungen dies zulassen (COGAT, 2007). So heißt es beispielsweise, dass im Vergleich zum Mai 2006 im März 2007 etwa 16.500 zusätzliche Arbeitnehmer aus dem Westjordanland für Beschäftigungszwecke nach Israel einreisen durften. Außerdem sei ebenfalls im März 2007 die Öffnungszeit der Umladepattform für Lastwagen in Karni zwischen Gaza und Israel bis 23 Uhr verlängert worden (sofern die Übergangsstelle aus „Sicherheits“gründen nicht ganz gesperrt war) und beabsichtigt, die Öffnungszeit bis Mitternacht zu verlängern. Zudem sei die maximal zulässige Grenze für die Höhe der Palettenladungen für den Transport durch Karni von 0,8 Meter auf 1,6 Meter angehoben worden. COGAT ziehe ebenfalls in Erwägung, eine begrenzte Anzahl von Genehmigungen neu auszustellen, um Arbeitnehmern aus Gaza Zugang zur Beschäftigung im Baugewerbe und in bestimmten landwirtschaftlichen Bereichen in Israel, einschließlich der Option einer Übernachtung in Israel zu ermöglichen, und 550 Palästinensern Genehmigungen in Form der „Businessmen Card“ (BMC) zu erteilen, um ihren Übergang zwischen dem Westjordanland und Gaza zu erleichtern.

Derartige Gesten bleiben ebenso wie die von COGAT angekündigte Erleichterung bestimmter anderer Formen der humanitären Hilfe „Sicherheits“belangen untergeordnet und zeugen von einem Ausmaß an Kontrolle, das kaum mit der Entwicklung einer wettbewerbs- oder lebensfähigen palästinensischen Wirtschaft vereinbar ist.

¹⁷ Das Bertini-Abkommen von 2002 gestattet hingegen Fischereitätigkeiten bis 12 Seemeilen, und die Abkommen von Oslo von 1995 räumten Palästinensern Fischereirechte bis zu 20 Seemeilen vor der Küste Gazas ein.

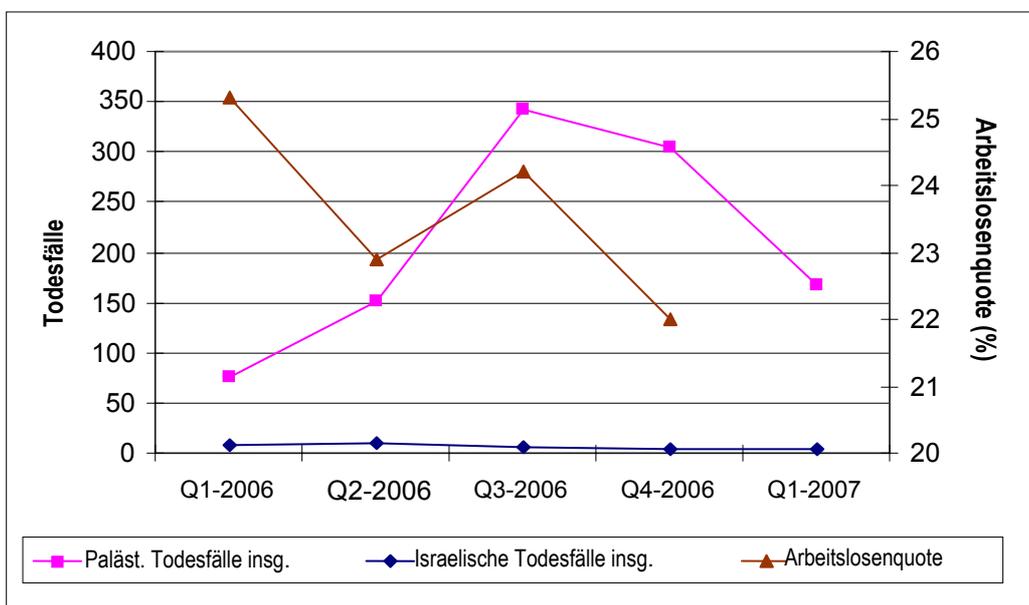
gefallen. Hinzu kommt, dass sich die Fischer Gazas beim Export ihrer höherwertigen Erzeugnisse, z. B. Krabben, aufgrund der häufigen Sperrungen in Karni weiteren Schwierigkeiten gegenübersehen. OCHA berichtet über eine zunehmende Abhängigkeit der Fischer und anderer Arbeitnehmer dieses Industriezweigs von Nahrungsmittelhilfe und Programmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, die von den Vereinten Nationen und anderen humanitären Organisationen bereitgestellt werden (OCHA, 2007b).

2.6. Gewalt, Sicherheit und Wirtschaftstätigkeit

54. Im Lauf des Jahres 2006 nahm die Gewalt zu, nicht nur aufgrund des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern als Folge der militärischen Besatzung, sondern auch wegen der Rechtlosigkeit und der politisch motivierten Kämpfe zwischen den Fraktionen, insbesondere in Gaza. Dies führte zu einer wachsenden Zahl von Todesfällen und Verletzungen überwiegend auf palästinensischer Seite.

55. Die OCHA-Datenbank über den Schutz von Zivilpersonen zeigt, dass zwischen Januar 2006 und März 2007 in direkten Konfliktsituationen mit den israelischen Streitkräften oder israelischen Siedlern im Westjordanland, in Gaza und in Israel 712 Palästinenser getötet und 3.711 verletzt wurden. Aus Abbildung 2.3 geht hervor, dass die größte Anzahl von Todesfällen im Sommer 2006 während der Militärinvasion der israelischen Streitkräfte in Gaza zu verzeichnen war. Innerpalästinensische Konflikte und Gewalttaten, Ursache für 7 Todesfälle in den ersten drei Monaten des Jahres 2006, nahmen Ende 2006 und Anfang 2007 zu und führten von Januar bis März 2007 zu 119 Todesfällen (OCHA, 2007c).

Abbildung 2.3. Verluste an Menschenleben und palästinensische Arbeitslosigkeit



Quelle: OCHA, 2007c; Arbeitslosenzahlen des PCBS, 2007a.

56. Im selben Zeitraum wurden in direkten Auseinandersetzungen mit Palästinensern 29 Israelis (israelische Soldaten und Zivilpersonen) getötet und 439 verletzt (ebd.). Nach Angaben des COGAT (2007) wurden von Anfang 2006 bis April 2007 mehr als 1.200 Qassam-Raketen aus dem Gazastreifen auf Israel abgefeuert, darunter 170 seit

dem sich militante palästinensische Fraktionen Ende November 2006 zur Einhaltung eines Waffenstillstands bereit erklärt haben¹⁸.

Kasten 2.5
Die Realität im Bereich der Sicherheit¹

In diesem Kasten werden (wörtlich) die mündlichen und schriftlichen Angaben des israelischen Verteidigungsministeriums wiedergegeben, die der Mission gegenüber am 18. April 2007 gemacht wurden.

Gazastreifen

- ❑ 25. Juni 2006 – Tötung von zwei israelischen Soldaten und Entführung und Verschleppung eines israelischen Soldaten (Gilad Shalit) in den Gazastreifen, in der Nähe der Übergangsstelle Kerem Shalon.
- ❑ 29. Oktober 2006 – Ein Selbstmordattentäter verlässt Gaza und sprengt sich in einer Bäckerei in Eilat in die Luft; dabei werden drei Israelis getötet.
- ❑ 26. November 2006 – Fortgesetzter Beschuss von Israel mit Qassam-Raketen trotz der Waffenstillstandsvereinbarung (seit dem Waffenstillstand sind 170 Qassams auf Israel abgefeuert worden, seit Anfang 2006 mehr als 1.200).
- ❑ 19. März 2007 – Terroranschlag mit Schusswaffen in der Nähe der Übergangsstelle Karni: ein israelischer Bürger wird verletzt.
- ❑ Palästinensische Versuche, die Übergangsstellen zu sabotieren.
- ❑ Palästinensische Versuche, auf der Hoover-Strasse einen Terroranschlag zu verüben, Bomben zu legen und auf die israelischen Streitkräfte zu schießen.

Westjordanland

- ❑ 22. Februar 2007 – Ein israelischer Siedler aus Bet-H'aiin in der Nähe von Bethlehem wurde von einem palästinensischen Terroristen entführt und dann getötet.
- ❑ Versuche von Palästinensern, auf israelischem Gebiet und auf die israelischen Streitkräfte Anschläge zu verüben (z. B. Ergreifung eines Selbstmordattentäters in Bat-Yam am 19. Februar 2007).
- ❑ Schüsse und Steinwürfe auf israelische Fahrzeuge.

* * *

„Personen, die dafür verantwortlich sind, dass durch das Abfeuern von Geschossen und Raketen auf zivile Gebiete ohne einen erkennbaren militärischen Nutzen Kriegsverbrechen begangen werden, sollten festgenommen oder angeklagt werden. Dies betrifft Palästinenser, die Qassam-Raketen auf Israel abfeuern sowie noch mehr die Mitglieder der israelischen Streitkräfte, die solche Verbrechen in wesentlich größerem Maßstab begangen haben. Obwohl die individuelle Verantwortung für Verbrechen wichtig ist, sollte die Verantwortung des Staates Israel für die Verletzung von unabweisbaren Normen des Völkerrechts durch seine Handlungen gegen das palästinensische Volk nicht ausgeblendet werden“ – Bericht des VN-Sonderberichterstatters John Dugard, Januar 2007 (Vereinte Nationen, 2007b).

¹ COGAT vertrat die Auffassung, der IAO-Bericht von 2006 (IAA, 2006) spiegele nicht in angemessener Weise die komplexe Realität wider, der sich Israel in Form eines staatlich unterstützten Terrors gegenübersehe, und würdige nicht die konstanten Anstrengungen Israels, der palästinensischen Bevölkerung ein normales Leben zu ermöglichen und sich gleichzeitig gegen Terrorrohungen zu wehren.

¹⁸ Wenngleich die Zahl der direkten auf den Konflikt zurückzuführenden Todesfälle und Verletzungen nach dem Waffenstillstand in Gaza erheblich zurückging, geht aus der anhaltenden Häufigkeit derartiger Todesfälle auf palästinensischer Seite sowohl im Gazastreifen als auch im Westjordanland hervor, dass keine Seite den fragilen Waffenstillstand konsequent einhielt.

57. Ein Rückgang der konfliktbezogenen Todesfälle in den letzten Monaten des Jahres 2006 wurde in Verbindung gebracht mit einem gleichzeitigen Rückgang der Arbeitslosenquote (Abbildung 2.3) der Palästinenser. Frühere IAA-Missionen haben bereits darauf hingewiesen, dass eine verstärkte Intensität des Konflikts, die in einer höheren Anzahl von Todesfällen zum Ausdruck kommt, die Wirtschaftstätigkeit beeinträchtigt, was wiederum zu höherer Arbeitslosigkeit führt. Dies geht in der Regel einher mit einer stärkeren wirtschaftlichen und psychologischen Belastung der Frauen, die größerem Druck ausgesetzt sind, durch eine informelle Beschäftigung oder selbstständige Tätigkeit zum Haushaltseinkommen beizutragen.

2.7. Besetzter syrischer Golan

58. Die 18.000 syrischen Staatsangehörigen im besetzten syrischen Golan sehen sich weiterhin vielfältigen Zwängen und Restriktionen ausgesetzt, die ihnen von Israel auferlegt werden. Wirtschaftstätigkeiten sind stark eingeschränkt, was zu einer übermäßigen Abhängigkeit vom Hauptanbauprodukt Apfel geführt hat.

59. Der IAA-Mission wurde mitgeteilt, dass die syrisch-arabische Bevölkerung derzeit Zugang zu etwa 20.000 Dunums bewirtschafteter Flächen in der Region hat, während die 18.000 israelischen Siedler in den 33 Siedlungen¹⁹ Zugang zu etwa viermal soviel Fläche haben²⁰. Die syrisch-arabische Bevölkerung ist gezwungen, für ihren Grundbesitz Nachweise vorzulegen, und eine entsprechende, von israelischen Gerichten anerkannte Dokumentation steht nicht überall zur Verfügung²¹. Somit leben sie ständig mit der Angst, das israelische Militär könne ihr Land zurückfordern. In den letzten sechs Jahren wurden 3.000 ihrer Apfelbäume von den israelischen Streitkräften entwurzelt.

60. Der Zugang zu Wasserressourcen für Bewässerungszwecke ist nach wie vor diskriminierend. Arabische Farmer erhalten pro Dunum bestenfalls 150 Kubikmeter Wasser, während der Apfelanbau bis zu 600 Kubikmeter erfordert, eine Menge, die den israelischen Siedlern problemlos zur Verfügung steht. Außerdem gibt es enorme Unterschiede bei den Wasserkosten. Israelische Siedler zahlen lediglich 0,9 NIS pro Kubikmeter, die syrisch-arabische Bevölkerung hingegen ist gezwungen, für ihre eigenen Wasserressourcen 3 NIS pro Kubikmeter zu entrichten. Die israelischen Besatzer graben in der Nähe arabischer Wasserquellen Sammelbecken, was ebenfalls den Wasserfluss zur arabischen Bevölkerung unterbricht.

61. Die Kosten für die Fortsetzung des Apfelanbaus sind hoch, da es sich um eine wasserintensive Frucht handelt, die auch Pestizide erfordert. Diversifizierung ist bisher jedoch nur sehr begrenzt erfolgt. Im letzten Jahrzehnt erfolgte zum Teil eine Verlagerung auf den Kirschenanbau, bei dem weniger Wasser benötigt wird. Die Diversifizierung in stärker nachgelagerte Tätigkeiten der Agrarindustrie wurde durch die Besatzungsmächte systematisch verhindert. Erstens gibt es aufgrund der Einteilung in Zonen nur einen kleinen Bereich, in dem Betriebe errichtet werden können. Zweitens bereitet es der syrisch-arabischen Bevölkerung Mühe, israelische Genehmigungen für Bautätigkeiten auf ihrem eigenen Grund und Boden zu erhalten. Drittens haben syrisch-arabische Erzeuger nur

¹⁹ Die Anzahl der Siedler und Siedlungen im besetzten syrischen Golan ist kaum angestiegen. Nach Angaben des Israelischen Statistischen Zentralamts gibt es 16.500 Siedler in 32 Ortschaften (13.000 im Jahr 1995).

²⁰ Darüber hinaus nutzen Israelis gegenwärtig etwa 500.000 Dunums im besetzten syrischen Golan für die Viehzucht. 100.000 Dunums davon wurden als Naturpark ausgewiesen. Die israelischen Streitkräfte kontrollieren weitere 400.000 Dunums als militärische Sperrbezirke.

²¹ Selbst wenn der Landbesitz nachgewiesen wird, kann das Land immer noch von den israelischen Streitkräften aus Gründen des „Umweltschutzes“ oder militärischen/Sicherheits-Gründen beschlagnahmt werden.

sehr begrenzt Zugang zu Märkten, da alle Exporterzeugnisse über Agrexco, eine 50-prozentige israelische staatliche Gesellschaft, geleitet werden müssen. Dies bedeutet, dass sie vermutlich nicht mit israelischen Erzeugern konkurrieren können und keinen direkten Zugang zu anderen arabischen Märkten haben.

62. Im Jahr 2007 hat das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) durch den Transport von etwa 10.000 Tonnen Äpfeln²² durch die abgesperrte Grenzzone unter Einsatz eines Verladesystems von Lastwagen zu Lastwagen mit eigenen Fahrzeugen einen begrenzten Zugang zu den Märkten der Arabischen Republik Syrien ermöglicht. Die Preise waren allerdings recht niedrig. Aufgrund der Abriegelungen im Westjordanland und in Gaza wird der Zugang zu palästinensischen Märkten immer schwieriger.

Kasten 2.6

Verstöße gegen ratifizierte Übereinkommen im besetzten syrischen Golan

Durch die Besetzung des syrischen Golan wurden abrupt viele Familienbande der syrischen Einwohner zerrissen. Und diese Trennung setzt sich fort. Das IKRK tut in bewundernswerter Weise sein Möglichstes, um Kontakte mit dem Rest der Arabischen Republik Syrien zu erleichtern, sowohl für persönliche wie für gewerbliche Zwecke (d.h. Vertrieb begrenzter Mengen der Äpfel, von der die lokale Wirtschaft abhängt).

Allerdings fordern die dramatische Diskriminierung syrischer Bürger in Bezug auf Wasser- und Grundbesitzpreise und der unfaire Wettbewerb seitens israelischer Siedler ihren Tribut. Einige arabische Arbeitnehmer, z. B. Lehrerinnen, werden nur diskriminiert und entlassen, weil sie ihren Beruf ausüben. Syrische Araber im besetzten Golan müssen zwar israelische Steuern entrichten, den Nutzen haben allerdings Israelis.

Darüber hinaus haben junge syrische Bürger des besetzten Golan dort keine Beschäftigungsaussichten und sind gezwungen, sich anderswo eine Erwerbsmöglichkeit zu suchen. Arbeitnehmer im besetzten syrischen Golan haben nicht das Recht, sich zum Schutz ihrer Interessen Organisationen ihrer Wahl anzuschließen.

Die Bevölkerung des besetzten syrischen Golan, Frauen und Männer, erheben nach wie vor Anspruch auf Rechte als Arbeitnehmer, die Bürger der Arabischen Republik Syrien sind. Aber angesichts dessen, was sie als *Terrorismus* der israelischen Behörden und Siedler bezeichnen, steht für sie sogar ihr Überleben auf dem Spiel.

Und der Arabischen Republik Syrien ist es nicht möglich, die von ihr ratifizierten IAO-Übereinkommen durchzuführen.

²² Die gesamte Apfelernte beläuft sich schätzungsweise auf 40.000 Tonnen.

3. Eine Wirtschaft im Belagerungszustand

3.1. Zunahme der in Armut lebenden Haushalte

63. Die Verbreitung und Intensität von Armut in den besetzten palästinensischen Gebieten haben zugenommen. Legt man das Jahr 1998 zugrunde, in dem auf der Grundlage ihres Konsums 20 Prozent der palästinensischen Haushalte in Armut lebten, so erreichte der Anteil dieser Haushalte 2005 29,5 Prozent (PCBS, 2006a). Verwendet man bei der Definition der Armut das Einkommenskriterium (ein Armutsgrenzwert von etwa 4 US-Dollar pro Tag und pro Kopf), so dürften nahezu sieben von zehn palästinensischen Haushalten in Armut leben. In Gaza trifft dies auf neun von zehn Haushalten und im Westjordanland auf jeden zweiten Haushalt zu ²³.

Übersicht 3.1. In Armut lebende palästinensische Haushalte

Haushalte mit Konsumarmut (% aller Haushalte)				Haushalte mit Einkommensarmut (% aller Haushalte)			
Jahr	Insgesamt	Westjordanland	Gaza	Jahr	Insgesamt	Westjordanland	Gaza
1998	20,3	14,5	33,0	2005	51,5	45,7	63,1
2005	29,5	22,3	43,7	2006 ¹	65,8	54,6	87,7

¹ Schätzung für das 2. Quartal.
Quellen: PCBS, 2006a; 2006b.

64. Im Jahr 2006 nahmen Verbreitung und Intensität der Armut rasch zu (Abbildung 3.1). In einer getrennten monatlichen Erhebung, der eine in groben Zügen der obigen vergleichbare Definition der Armut zugrunde liegt, wurde ein rascher Anstieg der Verbreitung der Armut zwischen März 2006 und Januar 2007, gefolgt von einem relativen Rückgang, bei palästinensischen Haushalten in Gaza und im Westjordanland registriert (Near East Consulting, 2006).

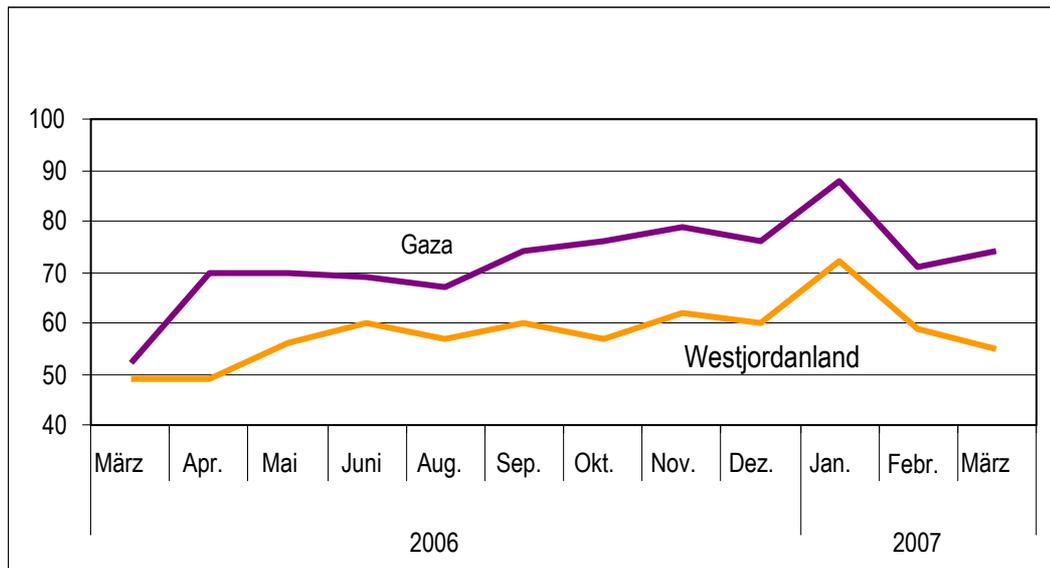
65. In Gaza stieg der Anteil der in Armut lebenden Haushalte von 52 Prozent im März 2006 bis März 2007 auf 74 Prozent. Im selben Zeitraum verzeichnete das Westjordanland einen Anstieg von 49 auf 55 Prozent. In Gaza stieg der Anteil der in extremer Armut lebenden Haushalte in diesem Zeitraum auf mehr als das Doppelte (mit einem niedrigeren Armutsgrenzwert).

66. Eine 2006 durchgeführte Erhebung des Welternährungsprogramms (WFP) und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) stellte fest, dass 34 Prozent der Haushalte unter Ernährungsunsicherheit leiden und weitere 12 Prozent dafür anfällig sind (WFP/FAO, 2007).

67. In den besetzten palästinensischen Gebieten sind mehr Menschen als je zuvor von Armut, tiefer Armut und Ernährungsunsicherheit betroffen. Die Zunahme der Armut steht in einem direkten Zusammenhang mit der Beschäftigungslage, die wiederum von den Maßnahmen und Beschlüssen abhängt, die in Bezug auf die militärische Besatzung und finanzielle Isolation ergriffen werden.

²³ PCBS-Daten für das Westjordanland schließen Ostjerusalem nicht ein.

Abbildung 3.1. Prozentsatz der Haushalte unter einer Einkommensarmutsgrenze ¹



¹ Der Definition zufolge liegt die Einkommensarmutsgrenze für eine Familie von zwei Erwachsenen und vier Kindern bei etwa 2.000 NIS pro Monat.

Quelle: Near East Consulting, 2007.

3.2. Wirtschaftlicher Belagerungszustand

68. Die Wirtschaft der besetzten palästinensischen Gebiete befand sich immer in einer prekären Lage. Die schwere Krise nach dem Ausbruch der zweiten Intifada im September 2000 hat sich 2006 als Folge von drei Entwicklungen verschärft.

69. Es handelt sich um die Finanzkrise der Palästinensischen Behörde, die durch den Beschluss der Besatzungsmacht, die für die Behörde erhobenen Steuern einzubehalten, und die vom Quartett beschlossene diplomatische Isolation verschärft wurde, um Beschränkungen des von den israelischen Behörden gestatteten oder tolerierten Zustroms palästinensischer Arbeitskräfte nach Israel und um den scharfen Rückgang der Exporte aus den palästinensischen Gebieten nach Israel und weltweit als Folge der Abriegelungen.

70. Zusammengekommen haben diese Maßnahmen dazu geführt, dass sich die Wirtschaft und das Volk Palästinas in einem Belagerungszustand befindet, der gravierende Auswirkungen auf die Existenzgrundlagen hat.

3.2.1. Fiskalischer Engpass

71. Etwa 50 Prozent des BIP entfallen auf die Ausgaben der Palästinensischen Behörde. Sie ist der größte Arbeitgeber in den Gebieten, und 2006 entsprach ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung 23,7 Prozent (42 Prozent in Gaza und 17 Prozent im Westjordanland). Die ohnehin schon prekäre Lage der öffentlichen Finanzen hat sich durch die diplomatische und finanzielle Isolierung der im März 2006 gebildeten Regierung weiter verschärft. An dieser Politik wurde im April 2007 nach Bildung der neuen Regierung der Nationalen Einheit im März 2007 festgehalten. Die Palästinensische Behörde beschäftigt derzeit etwa 160.000 öffentlich Bedienstete, von denen etwa die Hälfte Sicherheitskräfte sind. Die Zahl der öffentlich Bediensteten ist insbesondere seit 1999 sehr schnell angestiegen.

72. Die Regierung Israels beschloss im März 2006, alle Überweisungen des für die Palästinensische Behörde erhobenen Steuereinkommens in Höhe von 60 bis 70 Millionen US-Dollar pro Monat einzustellen. Seither erfolgen nur geringfügige Zahlungen in unregelmäßigen Abständen. Die der Palästinensischen Behörde von westlichen Gebern gewährte Haushaltsunterstützung wurde über andere nichtstaatliche Kanäle geleitet.

73. Somit nahm die Palästinensische Behörde 2006 Steuern in Höhe von 351 Millionen US-Dollar ein, was gegenüber 2005 einem Rückgang von 71 Prozent entspricht (PCBS, 2007b). Die Regierung war nicht in der Lage, den öffentlich Bediensteten ein volles Gehalt zu zahlen. Sie erhielten 2006 nur 44,6 Prozent ihrer Löhne und Gehälter (zum Teil von der Regierung, zum Teil vom Büro des Präsidenten und zum Teil durch den von der Europäischen Union eingerichteten Temporären Internationalen Mechanismus). In mehreren staatlichen Sektoren kam es 2006 wiederholt zu Streiks, die Anfang 2007 fortgesetzt wurden. Die Regierung nutzt alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zur Zahlung der Löhne und Gehälter und hat daher 2006 alle anderen Ausgaben eingeschränkt, so dass die laufenden Ausgaben gegenüber 2005 um 38 Prozent und die Investitionen um 76 Prozent zurückgegangen sind. Die Qualität der Dienstleistungen hat sich verschlechtert.

74. Was das Gesamtverhältnis von öffentlich Bediensteten pro 100 Einwohner (2,2 öffentlich Bedienstete) anbelangt, so stellt die Weltbank fest, dass die Palästinensische Behörde im Vergleich mit ihren Nachbarn personell nicht übermäßig überbesetzt sein dürfte (Weltbank, 2007b, Seite 12). Darüber hinaus wurde die Beschäftigung im öffentlichen Dienst als antizyklische Beschäftigungspolitik zum Ausgleich für in Israel verloren gegangene Arbeitsplätze angesehen und genutzt. Angesichts der geringen finanziellen Mittel der Palästinensischen Behörde dürften der derzeitige Personalbestand und das gegenwärtige Einstellungstempo nicht von Dauer sein. Auch die Beschäftigungsstruktur ist fragwürdig; der Anteil der Sicherheitskräfte ist sehr hoch und – wie die Lage in Gaza zeigt – eine Quelle der Unsicherheit. Verschärft wird die Lage zudem durch die Nichtzahlung der Löhne und Gehälter öffentlich Bediensteter.

3.2.2. Restriktionen für palästinensische Arbeitskräfte in Israel und den Siedlungen

75. Die Gesamtzahl der 2006 in Israel und den Siedlungen (täglich oder wöchentlich) arbeitenden Palästinenser stieg im Vergleich zu 2005 leicht an und erreichte nach Angaben des Palästinensischen Statistischen Zentralamts (PCBS) 64.000 (alle Arbeitnehmer, unabhängig von Arbeitsgenehmigungen). Bei den Arbeitskräften handelt es sich überwiegend um Männer, welche die israelischen Anforderungen hinsichtlich Alter und Familienstand erfüllen (in der Regel über 35 Jahre alt, verheiratet, mit Kindern).

76. Die den palästinensischen Arbeitnehmern in Israel gezahlte und in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Israels berücksichtigte Lohnsumme belief sich auf 386 Millionen US-Dollar, ein Anstieg von 14,5 Prozent im Vergleich zu 2005 (CBS, 2007, Tabelle G/2). 1999 erreichte die Lohnsumme palästinensischer Arbeitnehmer in Israel und in den Siedlungen über eine Milliarde US-Dollar.

77. Vieles spricht dafür, dass die Beschäftigungsbedingungen schlecht sind, angefangen von der Schwierigkeit, eine Arbeitsgenehmigung zu erhalten, der Anzahl der Arbeitnehmer, die ohne die vorgeschriebene Genehmigung arbeiten, und den Voraussetzungen für den Zugang zu Beschäftigung (entweder durch langwierige Prüfverfahren oder durch inoffizielle Kanäle) bis zu den Beschäftigungsbedingungen selbst und der generellen Verletzlichkeit der Arbeitnehmer unter militärischer Besatzung. Spezifische Daten über arbeitende palästinensische Kinder in den Siedlungen liegen zwar nicht vor, nach Anga-

ben des PCBS waren allerdings 3 Prozent aller palästinensischen Kinder in der Altersgruppe 10 bis 14 Jahre 2006 erwerbstätig (PCBS, 2007c, Tabelle 2, Seite 57).

3.2.3. Rückgang palästinensischer Exporte aufgrund der Abriegelungen und hoher Kosten

78. Im Vergleich zur Wirtschaft Israels ist die palästinensische Wirtschaft klein. Um zu wachsen, muss sie Güter und Dienstleistungen auf den Weltmarkt exportieren. Es gibt viele talentierte palästinensische Geschäftsleute, die dies tun wollen. Ihre Fähigkeiten können sie aber wegen der systematischen Abriegelungen und Kontrollen, die 2006 verschärft wurden, nicht unter Beweis stellen.

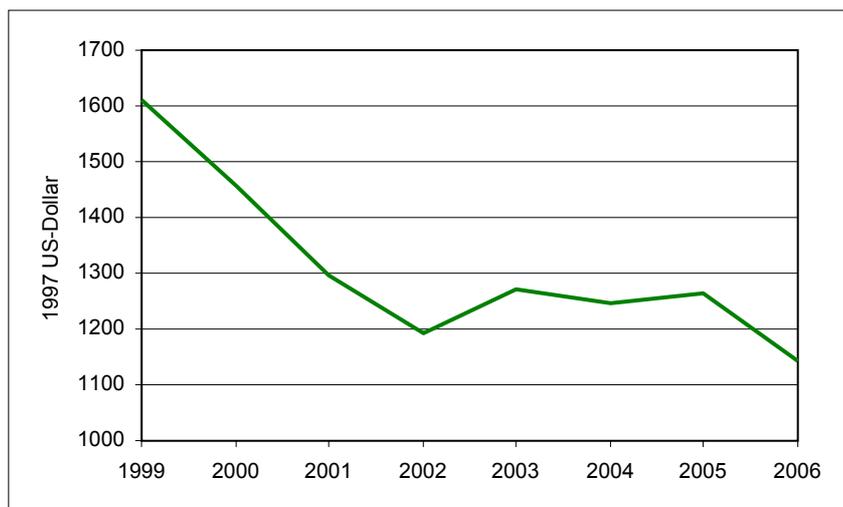
79. Die palästinensischen Exporte gingen 2006 im Vergleich zu einem niedrigen Niveau 2005 nominal um mehr als 9 Prozent zurück. Real sind sie seit 1999 kontinuierlich gesunken; 2006 lagen sie niedriger als 1994 (IWF/Weltbank, 2007).

80. Dieser Rückgang ist weitgehend auf die militärische Besetzung zurückzuführen. Entweder können Güter – wie aus den langen Abriegelungszeiten in Gaza ersichtlich – nicht transportiert werden, oder die durch das Kontroll- und Abriegelungssystem entstehenden Kosten sind so hoch, dass die Wettbewerbsfähigkeit palästinensischer Exporte beeinträchtigt wird.

81. Die Finanzkrise, Restriktionen bei der Einreise palästinensischer Arbeitskräfte nach Israel und der starke Rückgang palästinensischer Exporte sind die drei unmittelbaren Gründe für die große Wirtschafts- und Sozialkrise in den besetzten palästinensischen Gebieten im Jahr 2006. Diese Schocks trugen dazu bei, die bereits fragile Situation noch weiter zu verschärfen. Das unmittelbare Ergebnis ist eine massive Zunahme der Armut. Dies zeigt sich auch an der rückläufigen Wirtschaftstätigkeit.

82. Nach einer sehr bescheidenen Wirtschaftserholung in den Jahren 2003-05 ging das Pro-Kopf-BIP 2006 um 9,7 Prozent zurück (Abbildung 3.2), und zwar vor dem Hintergrund eines andauernden Rückgangs seit 1999, des Ausbruchs der zweiten Intifada und des Abriegelungssystems. Nach Angaben des PCBS belief sich das reale Pro-Kopf-BIP 2006 auf 29 Prozent des Niveaus von 1999; die Weltbank beziffert es hingegen auf nahezu 40 Prozent. Nach 2002 gab es bei der Gesamtleistung nur eine geringfügige Erholung, die weitaus niedriger ausfiel als der 3,2prozentige jährliche Bevölkerungszuwachs (Bevölkerungsschätzung der Vereinten Nationen). Als Folge hiervon verzeichnete das Pro-Kopf-BIP einen starken Rückgang.

83. Der abrupte Rückgang der Gesamtleistung und des Pro-Kopf-BIP wurde durch monetäre Transfers aus dem Ausland abgefedert. Erstens stieg die internationale Hilfe, die 2005 eine Milliarde US-Dollar betrug, 2006 auf schätzungsweise 1,2 Milliarden US-Dollar. Zweitens haben auch private Transfers eine Rolle gespielt. Die Weltbank stellt fest, dass Geschäftsbanken 2006 höhere private Transfers meldeten. Es wird angenommen, dass das zur Verfügung stehende Brutto-Pro-Kopf-Einkommen einschließlich der Transfers aus dem Ausland 2006 etwas geringfügiger, nämlich um 3,2 Prozent, gesunken ist (IWF/Weltbank, 2007).

Abbildung 3.2. Pro-Kopf-BIP im Westjordanland und in Gaza (ausgenommen Ostjerusalem)

Quelle: PCBS: *Statistical abstract of Palestine*, verschiedene Jahre, und Preliminary estimates of quarterly national accounts, Februar 2007.

3.3. Der Arbeitsmarkt und die Besatzung

84. Aus den Arbeitsmarktindikatoren für die besetzten palästinensischen Gebiete geht hervor, dass 2006 das Arbeitskräfteangebot die Nachfrage deutlich überstieg (Übersicht 3.2). Die Erwerbsbevölkerung wuchs um mehr als 5 Prozent, die Beschäftigung hingegen nahm durchschnittlich pro Jahr um 4 Prozent ab. Anfang 2006 verzeichnete die Beschäftigung einen starken Rückgang; bis Ende 2006 wuchs die Zahl der Arbeitsplätze

Übersicht 3.2. Arbeitsmarktindikatoren

	2005	2006				2006 Jahresdurchschnitt	2006/2005 Veränderung in %
		Q1	Q2	Q3	Q4		
Bevölkerung älter als 15 Jahre (in 1.000)	2.031	2.080	2.101	2.121	2.142	2.111	3,9
Erwerbsbevölkerung (in 1.000)	827	831	859	877	921	872	5,4
Beschäftigung (in 1.000)	696	621	662	664	718	666	-4,3
Westjordanland	452	392	431	428	464	429	-5,1
Gaza	181	168	173	167	186	174	-3,9
Israel and Siedlungen	63	61	58	69	68	64	1,6
Arbeitslosigkeit (in 1.000)	194	210	197	212	203	206	6,2
Erwerbsquote (%)	40,7	40,0	40,9	41,3	43,0	41,3	1,5
Beschäftigungsquote (%)	31,1	29,9	31,5	31,3	33,5	31,5	1,4
Arbeitslosenquote (%)	23,5	25,6	22,9	24,2	22,0	23,7	0,7
Westjordanland (%)	20,3	–	–	–	–	18,6	-8,4
Gaza (%)	30,3	–	–	–	–	34,8	14,9

–: keine Angaben.

Quelle: PCBS, vierteljährliche Arbeitsmarkterhebungen.

dann allerdings um fast 100.000. Dieser plötzliche Anstieg am Jahresende ist weitgehend auf die gute Olivenernte zurückzuführen. Eine Rolle spielte auch die Einstellung zusätzlicher Sicherheitskräfte, z. B. für das Büro des Präsidenten. Außerdem ist die Zahl der in israelischen Siedlungen im Westjordanland arbeitenden Palästinenser leicht angestiegen.

85. Da das Arbeitskräfteangebot höher lag als die Nachfrage, stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 206.000. Mehr als 67 Prozent aller Arbeitslosen sind Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren. Jugendlichen ist eine Beschäftigung in Israel untersagt.

86. Die Arbeitslosenquote stieg in Gaza deutlich auf fast 35 Prozent und fiel im Westjordanland geringfügig auf 19 Prozent. Diese unterschiedliche Tendenz erklärt sich durch die akutere Wirtschaftskrise und größere Gewalttätigkeit in Gaza während des größten Teils des Jahres 2006. Insgesamt lag die Arbeitslosigkeit 2006 bei 23,7 Prozent. Unmittelbar betroffen waren 206.000 Arbeitslose, d.h. einschließlich der Familienmitglieder eine Million Personen, ein Viertel der palästinensischen Bevölkerung. Wie erinnertlich belief sich 1999 die Arbeitslosenquote vor der zweiten Intifada auf 11,8 Prozent.

87. Es gibt große Unterschiede zwischen den Geschlechtern auf dem Arbeitsmarkt. Derartige Ungleichheiten sind im Nahen Osten generell weit verbreitet, wenngleich die militärische Besatzung die Diskriminierung direkt wie indirekt verstärkt haben dürfte.

88. In der Bevölkerungsgruppe der über 15jährigen hat jeder zweite Mann eine Beschäftigung, aber nur jede siebte Frau (Übersicht 3.3). Dies ist ein bemerkenswert niedriger Anteil. Jede zweite Frau ist zu Hause. Sechs von zehn Frauen in der Altersgruppe der 15- bis 24jährigen absolvieren ein Studium, ein hoher und ermutigender Anteil; doch diese Investition geht der palästinensischen Gesellschaft bedauerlicherweise verloren, da nur wenige palästinensische Frauen erwerbstätig sind.

Übersicht 3.3. Erwerbsstatus nach Altersgruppe und Geschlecht, 2006 (in Prozent)

	Bevölkerung 15 Jahre und älter		Bevölkerung 15–24 Jahre	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Erwerbstätig	52,0	14,7	28,6	4,5
Arbeitslos	15,9	2,8	15,0	3,4
Studium	17,6	21,1	48,2	59,3
Haushaltstätigkeiten	0,2	54,1	0	30,9
Krankheit, Alter und sonstiges	14,2	7,2	8,2	1,9
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Berechnungen basieren auf PCBS, 2007c.

89. Bei einem sehr niedrigen Verhältnis zwischen der Zahl der Erwerbstätigen und der Bevölkerung dürfte ein großer Anteil der über 24jährigen weder arbeiten noch studieren noch arbeitslos sein. Viele Menschen sind einfach nicht auf dem Arbeitsmarkt.

90. Dies bedeutet, dass es eine sehr hohe Abhängigenquote gibt, d.h. die Zahl der Personen, die von jedem Beschäftigten abhängen. Ende 2006 belief sich die Abhängigenquote in Gaza auf annähernd acht Personen und im Westjordanland auf annähernd fünf Personen. Dies erklärt, warum die Verbreitung der Armut so sehr von der Zahl der Beschäftigten und den Einkommen abhängt. Es erklärt ferner, warum die Nichtzahlung von Löhnen und Gehältern öffentlich Bediensteter unverzüglich zu einer sozialen Krise führt.

91. Verschiedene Indikatoren deuten auf eine Zunahme der prekären Beschäftigung hin. Der Anteil der unselbständigen Beschäftigung an der Gesamtbeschäftigung ist kontinuierlich gefallen, von 67,8 Prozent im Jahr 1999 auf 59,3 Prozent im Jahr 2006. Gleichzeitig stieg der Anteil der selbstständig Erwerbstätigen und der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen auf 25 bzw. 11 Prozent der Gesamtbeschäftigung im Jahr 2006 (PCBS, vierteljährliche Arbeitsmarkterhebungen).

92. Der Anteil der Beschäftigung in der Landwirtschaft und im Dienstleistungssektor stieg 2006 an, während im Baugewerbe und im verarbeitenden Gewerbe ein Rückgang zu verzeichnen war. Die produktive unselbständige Beschäftigung geht verloren und wird durch eine selbstständige Erwerbstätigkeit mit niedriger Produktivität ersetzt. Eine solche Notbeschäftigung ist Folge der Krise und der Besatzung und nicht das Ergebnis freier Wahl.

3.4. Höhere Verbraucherpreise im Jahr 2006

93. In den besetzten palästinensischen Gebieten sind die Verbraucherpreise 2006 stark gestiegen, was die Rahmenbedingungen widerspiegelt. Gemäß der Messung des monatlichen Verbraucherpreisindex, der vom PCBS zusammengestellt wird, stiegen die Verbraucherpreise 2006 gegenüber 2005 um durchschnittlich 3,76 Prozent. Bemerkenswert sind die regionalen Unterschiede, die auf das Abriegelungssystem zurückzuführen sind (Übersicht 3.4). Der Verbraucherpreisindex zeigt in Gaza einen durchschnittlichen Zuwachs von mehr als 5 Prozent, im Westjordanland von 4 Prozent und in Ostjerusalem von 3 Prozent. In Israel sanken die Verbraucherpreise 2006 um 0,1 Prozent. Der Grund für die Preisbewegungen sind die besonderen Verhältnisse in den besetzten Gebieten. Im Allgemeinen erfüllen die Märkte aufgrund der Einschränkungen des Warenverkehrs nicht ganz ihre Funktion beim Ausgleich von Angebot und Nachfrage.

94. In Gaza stiegen die Lebensmittelpreise um nahezu 10 Prozent, was Ausdruck der aktuellen Schwierigkeiten bei der ausreichenden Versorgung ist. Im Westjordanland stiegen die Lebensmittelpreise um 4,6 Prozent. In allen Regionen erhöhten sich die Transportkosten schneller als die durchschnittlichen Verbraucherpreise, da die Energiepreise stiegen und es zunehmend schwieriger wurde, Güter an Märkte und zu Verbrauchern zu liefern. In Ostjerusalem stiegen die Wohnungspreise aufgrund der größeren Nachfrage, die auf Genehmigungsvorschriften und Abriegelungen zwischen Ostjerusalem und dem Rest des Westjordanlandes zurückzuführen war, um 6,6 Prozent.

Übersicht 3.4. Prozentuale Veränderungen der durchschnittlichen Verbraucherpreisindizes, 2006/2005

	Alle Posten	Nahrungsmittel	Unterkunft	Transport
Ostjerusalem	3,04	2,72	6,64	5,54
Westjordanland	4,00	4,64	1,73	5,91
Gaza	5,09	9,19	- 0,55	6,34

Quelle: PCBS, Verbraucherpreisindexdaten.

3.4. Höhere Löhne im öffentlichen und niedrigere Löhne im privaten Sektor

95. Überall in den besetzten Gebieten gibt es große Unterschiede bei den Löhnen der palästinensischen Arbeitnehmer zwischen einzelnen Arbeitsstätten und dem öffentlichen und privaten Sektor.

Übersicht 3.5. Durchschnittliche Nominal- und Reallöhne, 2006

	Durchschnittlicher Tageslohn (NIS)		Reallohnänderung 2006/2005 (in %)	
	Westjordanland	Gaza	Westjordanland	Gaza
Öffentlicher Sektor	82,6	79,4	4,8	9,0
Privater Sektor	75,0	52,7	- 0,5	- 3,0
Israel and Siedlungen	131,5	–	0,4	–

– nicht anwendbar.
Quelle: PCBS, 2007c, und Verbraucherpreisindexdaten.

96. Im Westjordanland sind die Löhne in der Regel höher als in Gaza, und Palästinenser, die in Israel oder den Siedlungen arbeiten, verdienen höhere Löhne als im Westjordanland oder in Gaza. Im öffentlichen Sektor ist das Lohnniveau höher als im privaten Sektor. Die Löhne im öffentlichen Sektor sind real gestiegen, und der durchschnittliche Lohn stieg rascher als die Verbraucherpreise. Dies trifft allerdings nicht auf die Arbeitnehmer im privaten Sektor zu, deren Reallöhne gesunken sind, im Fall Gazas sogar beträchtlich (um 3 Prozent). Die genannten Informationen beziehen sich auf das durchschnittliche Lohnniveau, nicht auf das von jedem Arbeitnehmer erzielte Gesamteinkommen. Das Lohnniveau im öffentlichen Sektor ist zwar gestiegen, die Beschäftigten erhielten jedoch weniger als die Hälfte des ihnen zustehenden Lohns.

4. Regierungsführung und Rechte

97. 1980 stellte die Konferenz die Verantwortung des Generaldirektors zur Ausarbeitung dieses Berichts unmittelbar in den Kontext internationaler Bestimmungen über humanitäre und Menschenrechte und der Intensivierung der israelischen Siedlungspolitik. Die zahlreichen Anzeichen für den Ausbau der Siedlungen – der sogar noch beschleunigt wird, trotz des „Abzugs“²⁴ aus Gaza und vier relativ kleiner Siedlungen im Westjordanland im Jahr 2005 – veranlasste die Mission, in diesem Jahr die systematische Missachtung der Menschen- und Arbeitsrechte arabischer Arbeitnehmer und ihrer Familien als etwas anzusehen, das mehr ist als eine zufällige, auf Nachlässigkeit zurückzuführende Verschlechterung.

98. Vor diesem Hintergrund stehen palästinensische Frauen und Männer, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Studenten und Schüler vor der Herausforderung, ihren Lebensunterhalt zu verdienen oder eine Ausbildung zu erhalten, die es ihnen ermöglicht, eine Arbeit auszuüben. Defizite an menschenwürdiger Arbeit können zunächst in Bezug auf eine mangelnde Achtung grundlegender Prinzipien und Rechte bei der Arbeit analysiert werden.

4.1. Missachtung des Rechtsstaatsprinzips

99. Die Mission war beeindruckt von der Professionalität einer Reihe unabhängiger Akteure in Israel wie in den besetzten Gebieten, die sich mit den Menschenrechten der in den Gebieten lebenden Menschen befassen und sie unterstützen. Die Synergie zwischen diesen Akteuren verbessert die Verlässlichkeit und Überzeugungskraft der von ihnen gesammelten Nachweise. Aus diesen außerordentlich wertvollen Nachweisen geht immer deutlicher hervor, dass das Rechtsstaatsprinzip, eine notwendige Bedingung der staatlichen Verantwortlichkeit, in den besetzten Gebieten keine Geltung besitzt.

100. Das komplexe, ständigen Änderungen unterworfenene Genehmigungssystem, das die Niederlassungs- und Bewegungsfreiheit innerhalb und zwischen den besetzten Gebieten einschränkt – ausführlich dokumentiert von Organisationen wie B'Tselem und Al-Haq –, fördert genau die Art einer willkürlichen diskriminierenden Behandlung durch die Besatzungsmacht, die unter palästinensischen Familien (die zum Teil gewaltsam getrennt wurden) tagtäglich Empörung hervorruft. Die praktische Anwendung des Systems kann leicht in Beschimpfungen und körperliche Misshandlung von Palästinensern ausarten, wie es der Mission von mehreren Beobachtern detailliert geschildert wurde.

101. Unter Verweis auf den Beschluss des Obersten Israelischen Gerichtshofs im Fall einer Petition, die von palästinensischen Einwohnern gegen den Bau der Sperrmauer durch mehrere Dörfer eingereicht wurde²⁵, erklärte Al-Haq, der Oberste Israelische Gerichtshof „wandte erneut seine formelhafte Rechtsprechung zugunsten der israelischen Sicherheit gegenüber Rechten der Palästinenser an ... Der Beschluss des Gerichts, zu diesem Zeitpunkt einen Entscheid über die Sperrmauer zu fällen, erscheint als rechtspolitisches Manöver, um die Wirkung des Gutachtens [des Internationalen Gerichtshofs] zu minimieren“ (Al-Haq, 2005). Die für Verhandlungen zuständige Stelle der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) erklärt, der Oberste Israelische Gerichtshof habe im Gegensatz zum Internationalen Gerichtshof das innerstaatliche

²⁴ In Homesh kam es zu weiteren Konflikten, da Siedler erneut Versuche einer Besiedlung unternahmen (siehe *Jerusalem Post*, 28. Apr. 2007). Gaza litt unter zahlreichen Vorstößen und massiven Restriktionen, die deutlich machen, dass sein Status als besetztes Gebiet unverändert ist.

²⁵ *Beit Sourik Village Council v. the Government of Israel et al.* (HCJ 2056/04), 30. Juni 2004.

Recht angewandt, das weder im Einklang mit internationalen Rechtsgrundsätzen stehe, noch auf die besetzten palästinensischen Gebiete anwendbar sei, und der Entscheid bedeute somit in der Tat, dass „der Beklagte als Richter in eigener Sache auftritt“ (PLO, 2005). Bezugnehmend auf einen weiteren Entscheid des Obersten Gerichtshofs²⁶ stellte B'Tselem fest, dass „wie in vielen anderen Fällen der Oberste Gerichtshof ein Eingreifen und den Schutz der Rechte der Palästinenser in den besetzten Gebieten verweigerte und in erster Linie aus verfahrenstechnischen Gründen eine Petition ablehnte, in der es darum ging, dass palästinensische Gefangene nicht in Israel festgehalten werden sollten“ (B'Tselem, 2006).

102. Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen stellte fest, dass die von Palästinensern an Kontrollstellen erfahrenen Demütigungen neben der Aufteilung der besetzten Gebiete in Bantustans zu unterdrückter Wut führt, die „langfristig eine große Gefahr für die Sicherheit Israels darstellt“. Er erklärt, „Israel würde gut daran tun, aus [der] Erfahrung“ mit einem ähnlichen System unter der Apartheid in Südafrika Lehren zu ziehen (Vereinte Nationen, 2007b, Absatz 40).

103. Die schlechte Regierungsführung wird durch kriminelle Schikanen, Diebstahl, Zerstörung von Eigentum und gewalttätige Übergriffe verschärft, denen palästinensische Frauen, Männer und Kinder seitens der Siedler (und manchmal der Kinder der Siedler) ausgesetzt sind. Dies wurde der Mission beispielsweise von OCHA und B'Tselem berichtet (siehe auch B'Tselem, 2007b). Diese Siedler, die zum Teil „Vorposten“ im Westjordanland besetzen, die offenbar selbst nach israelischen Kriterien als illegal angesehen werden, scheinen nichtsdestoweniger de facto Straffreiheit zu besitzen und sich des aktiven Schutzes der israelischen Streitkräfte zu erfreuen, und dies zusätzlich zur Bereitstellung von Infrastruktur durch die israelische Regierung (Straßen, Wasser, Elektrizität usw.), die Palästinensern rechtswidrig vorenthalten wird.

104. Da weder auf israelischer noch auf palästinensischer Seite die Inanspruchnahme zügiger rechtlicher Verfahren zur Unterbindung von Missbräuchen und zur Regelung entsprechender Entschädigungen möglich ist, ist die zügellose Diskriminierung zur akzeptierten Regel geworden (siehe Haaretz, 2007b). Der Sonderberichterstatter bezeichnete die Inbesitznahme von Agrarland und Wasserressourcen im Westjordanland durch Israel als „eine Form von Kolonialismus, der erklärtermaßen eine Verweigerung grundlegender Menschenrechte und einen Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen darstellt, wie in der Erklärung der Generalversammlung von 1960 über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker (Resolution 1514 XV) festgestellt“.

4.2. Vereinigungsfreiheit

105. Zu den extrem einschränkenden Auswirkungen der Restriktionen der Bewegungsfreiheit palästinensischer Gewerkschaften und Geschäftsleute kommen noch permanente Schikanen und Gewaltakte, insbesondere gegenüber den Führern des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes von Palästina (PGFTU), hinzu, begangen von den israelischen Streitkräften und Anderen. Die Mission hörte aus erster Hand Berichte über häufige Angriffe auf die Zentrale und Vertreter des PGFTU in Nablus sowie über einen zerstörerischen Angriff auf sein Gebäude in Gaza am 12. Oktober 2006 und über weitere Fälle von Schikanen und Restriktionen, die die Gewerkschaft in den letzten Monaten und Jahren erdulden musste. Ein derartiges inakzeptables Verhalten macht deutlich, dass weder die Palästinensische Behörde noch die Besatzungsmacht ihrer Verantwortung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nachkommt, was verhee-

²⁶ Ibrahim Ibn Hamid Sajdiya et al. v. Minister of Defense (HCJ 235/88).

rende Auswirkungen auf die Fähigkeit der Arbeitnehmer hat, sich zur legitimen Verteidigung ihrer Interessen zusammenzuschließen. Am 10. April 2007 äußerte der Internationale Gewerkschaftsbund (ITUC) tiefe Sorge über derart schwerwiegende Verbrechen gegen die Gewerkschaften (ITUC, 2007).

106. Die Vereinigungsfreiheit und der Schutz des Vereinigungsrechts werden oft als Kern der Rechte der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber angesehen. Diese Grundsätze sind von fundamentaler Bedeutung in allen Gesellschaften auf allen Entwicklungsstufen, da sie unveräußerliche Menschenrechte darstellen und eine entscheidende Voraussetzung für Fortschritte in allen Aspekten des Lebens sind. Das Vereinigungsrecht von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ist insbesondere in Situationen von Nutzen, in denen „normale“ politische und demokratische Prozesse nicht vorhanden sind, was offenkundig auf die besetzten Gebiete zutrifft. Die Mission möchte daher hervorheben, dass ihrer Ansicht nach jetzt der Zeitpunkt für neue Initiativen in Bezug auf verschiedene Aspekte der Lage der Gewerkschaften gekommen ist.

107. Erstens sind der Abschluss des bereits an anderer Stelle vom PGFTU genannten internen demokratischen Prozesses und die Veranstaltung eines nationalen Kongresses zweifellos eine Priorität für diese Organisation. Zweitens müssen diese Prozesse durch eine Prüfung der einschlägigen palästinensischen Gesetzgebung im Hinblick auf ihre Anpassung an internationale Normen und die Grundsätze der Vereinigungsfreiheit, einschließlich des Rechts der Arbeitnehmer, Verbände außerhalb der vorhandenen Struktur zu bilden, erleichtert werden. Der dritte Aspekt ist die Entwicklung der Dreigliedrigkeit und des sozialen Dialogs.

108. Die Mission nahm mit Interesse Kenntnis von bestimmten Entwicklungen im Bereich des eigenständigen Zusammenschlusses von Arbeitgebern. Die Erfahrungen des Verbandes der palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (FPCCIA) ähneln denen des PGFTU insofern, als die einschlägige Gesetzgebung, die ihnen eine formelle Konstituierung ermöglichen würde, vom Palästinensischen Legislativrat nicht gebilligt wurde. Der Verband behauptet zu Recht, dass die freie Wahl seines eigenen Präsidenten, der nicht bloß vom Arbeitsminister ernannt werden sollte, nicht durch Gesetze eingeschränkt werden dürfe. Unterdessen haben die lokalen Handelskammern offenbar gewisse Erfolge bei den Diensten erzielt, die sie für ihre Mitglieder erbringen. Bemerkenswert ist ferner, dass es derzeit Kontakte zwischen dem FPCCIA und der IAO in Bezug auf technische Zusammenarbeit gibt.

109. Die Mission beobachtete auch, dass einige Geschäftsleute, Männer und Frauen, mit unternehmerischer Energie offenbar Bemühungen unternommen haben, um die ihnen von den israelischen Behörden bei der Durchführung ihrer Geschäfte in den Weg gelegten Hindernisse zu umgehen. Es liegt auf der Hand, dass selbst die flexibelsten Kreditvereinbarungen und Handelsdispositionen angesichts der zahlreichen seit 2006 auferlegten finanziellen Beschränkungen kaum zum Tragen kommen können, so dass auch die Arbeitgeberseite unter großen Belastungen leidet.

4.3. Sozialer Dialog und Regierung

110. Angesichts dieser Umstände war die IAA-Mission erfreut, zum ersten Mal in einem dreigliedrigen Rahmen sowohl den palästinensischen Arbeitsminister als auch Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern treffen zu können. Dies dürfte in Bezug auf die Aussichten für einen besseren sozialen Dialog zwischen der Palästinensischen Behörde und den Sozialpartnern und eine bessere Regierungsführung einen signifikanten Fortschritt darstellen, und der Hinweis ist wichtig, dass dies mit der Anfangszeit der

Regierung der Nationalen Einheit zusammenfällt. Der Informationsminister erklärte gegenüber der Mission, die Regierung sei zwar aus bestimmten Gründen nicht in der Lage, die vom Volk zu Recht erwarteten Dienstleistungen zu erbringen, habe jedoch bereits eine bessere interne Funktionsfähigkeit als irgendeiner ihrer Vorgänger erreicht.

111. Gleichzeitig darf nicht vergessen werden, dass der juristische Zweig der Regierung in den besetzten palästinensischen Gebieten keineswegs in der Lage ist, in angemessener Weise und in der Gewissheit Recht zu sprechen, dass Urteile vollzogen werden, und dass der demokratisch gewählte Palästinensische Legislativrat nicht normal funktionieren kann, wenn so viele seiner Mitglieder ohne Anklage inhaftiert sind.

4.4. Grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit

112. Die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf ist, wie beispielsweise vom Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (CERD) im März 2007 festgestellt, ein Aspekt einer Reihe von Formen von Diskriminierung²⁷. Sie ist in unterschiedlicher Form im besetzten syrischen Golan und Ostjerusalem, wo Israelis das Rechtssystem dem israelischen System angepasst haben, und in Gaza und im restlichen Westjordanland anzutreffen. In Ostjerusalem wird der Zugang zu Beschäftigung ohnehin durch den Ausschluss palästinensischer Einwohner durch das Genehmigungssystem und ihre Ablösung durch israelische Bürger sowie durch eine indirekte Diskriminierung behindert. So wurde gegenüber der Mission erklärt, eine Voraussetzung für einen Arbeitsplatz in Israel oder Ostjerusalem sei z. B. der Abschluss des Militärdienstes oder die Beherrschung der hebräischen Sprache (obschon in Israel Arabisch wie Hebräisch offizielle Sprachen sind). Im besetzten syrischen Golan wie in Ostjerusalem gibt es so wenige Beschäftigungsmöglichkeiten, dass qualifizierte junge Menschen oft gezwungen sind, in Israel eine einfache Tätigkeit anzunehmen, für die sie klar überqualifiziert sind.

113. In Gaza und im Westjordanland hat insbesondere im Jahr 2006 die akute Verweigerung aller Arten von Ressourcen für Palästinenser die in vielfacher Form vorhandene Diskriminierung von Frauen verschärft, gegen die die Palästinensische Behörde bereits erste Schritte unternommen hatte. Es gibt sehr wenige Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen, und diese sind oft auf die im Westjordanland in israelischen Siedlungen und den dazugehörigen Industriezonen vorhandenen Arbeitsplätze beschränkt.

114. Der Niedergang der palästinensischen Wirtschaft im vergangenen Jahr hat nach Erkenntnis der Mission in der Tat zu neuen Verstößen gegen grundlegende Prinzipien und Rechte geführt, die es zuvor nicht gab. So lässt ein Bericht über israelische Industriezonen im Westjordanland den Schluss zu, dass dort in großem Maßstab auf Kinderarbeit und weitere prekäre Arbeitsbedingungen zurückgegriffen wird (Haaretz, 2007b).

115. Gibt es keine funktionierende Arbeitsaufsicht, ja nicht einmal Klarheit in Bezug auf die geltenden Arbeitsgesetze, können die Gewerkschaften nicht frei tätig sein, und sind Menschen buchstäblich eingeschlossen in etwas, das am häufigsten als riesiges Gefängnis bezeichnet wird – der gesamte Gazastreifen und ganze Städte, Dörfer und Gemeinden im Westjordanland –, wo es keine Bewegungsfreiheit und keine freie Berufswahl gibt, so ist es praktisch unmöglich, die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit zu achten und menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu gewährleisten.

²⁷ Siehe *Concluding observations of the Committee on the Elimination of Racial Discrimination*, Israel (unredigierte Version), doc. CERD/C/ISR/CO/13, 70. Tagung, 19. Febr. bis 9. März 2007.

5. Schlussfolgerungen

116. Im vorliegenden Bericht wird dokumentiert, wie sich die Lage der Arbeitnehmer in den besetzten arabischen Gebieten seit Mai 2006 kontinuierlich verschlechtert hat. Die Anzahl der Haushalte unterhalb der Armutsgrenze hat von März 2006 bis März 2007 sprunghaft um 26 Prozent zugenommen. Sieben von zehn Haushalten, d.h. etwa 2,4 Millionen Menschen, leben heute in Armut. Nur jeder Dritte hat eine Arbeit, mit der jeweils etwa sechs Familienangehörige ernährt werden. Zwei Drittel aller Menschen haben keine Arbeit, da sie entweder arbeitslos sind (etwa 206.000 bzw. 24 Prozent der Erwerbsbevölkerung im Dezember 2006) oder nicht der Erwerbsbevölkerung angehören. Das Pro-Kopf-BIP lag 2006 40 Prozent tiefer als 1999.

117. Der Bericht beschreibt die sich verschlechternde wirtschaftliche, institutionelle und soziale Situation, die dazu führt, dass mehr Menschen mit niedrigeren Einkommen und in prekäreren Verhältnissen leben müssen.

118. Das engmaschige Netzwerk von Abriegelungen und aufwendigen Kontrollen sowie die Ausweitung der illegalen Siedlungen führen zu einer territorialen Desintegration der Gebiete. Die Bewegungsfreiheit von Menschen und Gütern wird durch immer zahlreichere Hindernisse und Kontrollen zunehmend eingeschränkt. Die Land-, See- und Luftverkehrsgrenzen des Gazastreifens werden streng kontrolliert und oft von der Besatzungsmacht geschlossen, was praktisch eine vollständige Isolierung bewirkt. Die Bewegungsfreiheit innerhalb des Westjordanlands sowie zwischen dem Westjordanland und Ostjerusalem und Gaza ist stark eingeschränkt und einem komplizierten und sich ständig wandelnden System von Genehmigungen, allgegenwärtigen Kontrollpunkten und Barrieren unterworfen. Abriegelungen sind die Hauptursache für die sich verschlechternde sozioökonomische Situation der palästinensischen Frauen und Männer.

119. Die Wirtschaftskrise hat sich durch einen markanten Rückgang des Durchschnittseinkommens verschärft. Die unmittelbaren Ursachen sind die nicht vollständige Zahlung der Löhne der Staatsbediensteten seit April 2006, der Rückgang der öffentlichen und privaten Investitionen sowie die wachsenden Schwierigkeiten, denen sich Unternehmen beim Transport ihrer Produkte an inländische und internationale Märkte gegenüber sehen.

120. Die Lähmung des öffentlichen Sektors durch die Krise und Finanzsanktionen führt zu einer Schwächung der Institutionen. Wichtige Reformen des Managements der Staatsfinanzen sind aufgrund der Einstellung der Direktzahlungen an die palästinensische Regierung gefährdet. Die Umgehung der Regierung führte in unbeabsichtigter Weise dazu, dass die Fähigkeit der nationalen Behörden zur Kontrolle und Erbringung staatlicher Dienstleistungen unterminiert wird.

121. Die humanitäre Hilfe in Form von Sachleistungen und Geld-für-Arbeit-Programme wurde 2006 in Anbetracht der sich abzeichnenden Krise verstärkt. Diese Hilfe bewirkt ein Dilemma, da sie für Tätigkeiten des privaten Sektors tendenziell ein Störfaktor ist und dringend benötigte Entwicklungshilfe ersetzt.

122. Das soziale Gewebe der besetzten Gebiete ist durch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen, beispiellose Armut und Gewalt, einschließlich eines Verfalls von Recht und Ordnung, großen Belastungen ausgesetzt. Die palästinensische Bevölkerung wächst weiterhin rasch um 2,8 Prozent pro Jahr. Es ist eine sehr junge Bevölkerung, in der 46 Prozent aller Menschen 14 Jahre alt oder jünger sind. Kinder, Jugendliche, Frauen und Mütter, Erwachsene und ältere Menschen leiden täglich unter den Auswirkungen des sich auflösenden sozialen Gewebes.

123. Es wurde bereits auf zahlreiche Mängel bei der Anwendung des Arbeitsrechts und der Arbeitnehmerrechte hingewiesen. Die Einschüchterung und Schikanierung arabischer Arbeitnehmer ist gut dokumentiert. Der Zugang zu rechtlichen Verfahren ist oft zeitaufwendig und kostspielig für Arbeitnehmer, die sich solche Verfahren nicht leisten können. Arabische Unternehmer, Arbeitnehmer und selbstständige Erzeuger und Farmer leiden unter vielfältigen Diskriminierungen beim Zugang zur Beschäftigung und zu Märkten.

124. Die Verringerung und Beseitigung von Barrieren, die der Mobilität von Menschen und Gütern in den Gebieten, zwischen Gaza und dem Westjordanland und mit der Welt außerhalb entgegenstehen, unter Wahrung der Sicherheit in Israel, gehört zu den wichtigsten Maßnahmen, mit denen die sich ausweitende wirtschaftliche und soziale Krise in den besetzten Gebieten umgekehrt werden könnte.

125. Die palästinensische Wirtschaft muss wiederbelebt werden, mit dem Schwergewicht auf der Entwicklung des privaten Sektors und der Beschäftigung. Dies sollte auch die Hauptpriorität der internationalen Zusammenarbeit sein.

126. Die Schaffung produktiver und frei gewählter Beschäftigungschancen, durch die Entwicklung des privaten Sektors, wird den praktischen Effekt haben, die Spannungen im täglichen Leben der besetzten Gebiete abzubauen. Der Wiederaufbau einer lebensfähigen palästinensischen Wirtschaft ist Teil der Bemühungen mit dem Ziel, Frieden möglich zu machen.

127. Politiken und Maßnahmen zur Linderung von Diskriminierung in den besetzten palästinensischen Gebieten und im besetzten syrischen Golan können sich an Normen der IAO über die Beseitigung der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf orientieren. Arbeitnehmer in die Lage zu versetzen, sich frei zusammenzuschließen und Kollektivverhandlungen zu führen ist eine Dimension der Rechtsstaatlichkeit. Diesbezügliche Maßnahmen können sich auf die Normen der IAO über Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen stützen.

128. Die IAO ist bereit, mit dem palästinensischen Arbeitsministerium und den Sozialpartnern, den Mitgliedsgruppen in der Arabischen Republik Syrien und mit der Gebergemeinschaft zusammenzuarbeiten, um in den besetzten arabischen Gebieten Programme zur Förderung von Beschäftigungschancen, der Unternehmensentwicklung und des dreigliedrigen Dialogs durch starke Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände zu entwickeln.

129. Das palästinensische Ministerium und die Sozialpartner haben eine Reihe von Gebieten ermittelt, in denen die IAO ihre laufende technische Zusammenarbeit stärken kann. Dabei handelt es sich um:

- i) Unterstützung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, damit sie als unabhängige, demokratische und repräsentative Organisationen agieren und am sozialen Dialog teilnehmen können;
- ii) Unterstützung des Arbeitsministerium zur Stärkung der Aufgaben der Arbeitsverwaltung, einschließlich des Arbeitsrechts, des dreigliedrigen Dialogs, der Arbeitsaufsicht und der staatlichen Arbeitsvermittlungsdienste sowie ihrer politischen Gestaltungsfunktionen in den Bereichen Beschäftigung und Berufsbildung;
- iii) betriebliche Entwicklungsprogramme zur Stärkung bestehender Unternehmen und zur Förderung von Existenzgründungen;
- iv) Beschäftigungs- und Berufsbildungsprogramme, speziell für junge Frauen und Männer;

v) genossenschaftliche Entwicklung, und

vi) Finanzierung und Leitung tragfähiger Systeme des sozialen Schutzes.

130. Eine Fachmission der IAO wird die Region so bald wie möglich besuchen, um detaillierte Vorschläge für diese Bereiche auszuarbeiten. Besondere Aufmerksamkeit wird sie der Entwicklung gemeinsamer Programme und kollaborativer Vereinbarungen mit Programmen der Vereinten Nationen, Entwicklungsinstitutionen und Geberorganisationen widmen, die in den besetzten arabischen Gebieten aktiv sind.

131. Die Fachmission der IAO wird auch den Palästinensischen Fonds für Beschäftigung und Sozialschutz untersuchen, um seine Kapazität zu stärken, unter dreigliedriger Anleitung technische Beratung zur betrieblichen Entwicklung im privaten Sektor und zu Beschäftigungspolitiken zu erteilen.

132. Auf Ersuchen von Mitgliedsgruppen aus der Arabischen Republik Syrien wird die IAO Vorschläge für ein Programm der technischen Hilfe für syrische Bürger im besetzten syrischen Golan in den Bereichen genossenschaftliche und betriebliche Entwicklung sowie Beschäftigung und Berufsbildung entwickeln.

133. In all diesen Bereichen wird die IAO eng mit den in Frage kommenden internationalen Organisationen zusammenarbeiten.

Quellennachweis

- Al-Haq. 2005. *Waiting for Justice: 25 years defending human rights (1979-2004)*. Juni.
- Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung Humanitärer Angelegenheiten (OCHA).
- . 2007a. *The Humanitarian Monitor: Occupied Palestinian territory* (verschiedene Ausgaben).
- . 2007b. *Gaza fishing: An industry in danger*, Apr.
- . 2007c. *OCHA-oPt Protection of Civilians: Summary data tables*, Apr.
- . 2006a. *West Bank closure count and analysis*, Sep.
- . 2006b. *Preliminary Analysis of the Humanitarian Implications of the April 2006 Barrier Projections, Update 5*.
- Arabische Arbeitsorganisation. 2007. Resolution confirming all the resolutions in support of the Palestinian cause, Resolution Nr. 1359 der Arabischen Arbeitskonferenz, 34. Tagung, März.
- B'Tselem (Israelisches Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten).
- . 2007a. *Crossing the Line: Violation of the rights of Palestinians in Israel without a permit*, März.
- . 2007b. *B'Tselem Shorts* (DVD).
- . 2006. *Barred from contact: Violation of the right to visit Palestinians held in Israeli prisons*, Sep.
- Erlanger, S. 2007. "Aid to Palestinians rose in '06 despite international embargo", in *New York Times*, 21. März.
- Haaretz*. 2007a. "Fayyad: US to mull lifting ban on banking transactions with PA", von A. Issacharoff, 18. Apr. (online).
- . 2007b. "Back to the wall", von S. Kurkos, 18. Apr.
- Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD). 2006. *The Palestinian war-torn economy: Aid, development and state formation*.
- House of Commons International Development Committee, United Kingdom. 2007. *Development Assistance and the Occupied Palestinian Territories*, 4. Bericht der Tagung 2006-07, Bd. I, 31. Jan.
- Internationale Krisengruppe. 2007. *After Mecca: Engaging Hamas*, Middle East Report Nr. 62, 28. Feb., unter www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=4677.
- Internationaler Gewerkschaftsbund (ITUC). 2007. *Palestine: Third attempted assassination of a PGFTU leader*, 10. Apr., unter www.ituc-csi.org/spip.php?article1025.
- Internationaler Währungsfonds (IWF) / Weltbank. 2007. *West Bank and Gaza: Economic Developments in 2006 – A first assessment*, März.

- Internationales Arbeitsamt (IAA). 2006. Bericht des Generaldirektors, *Anhang. Bericht über die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete*. Internationale Arbeitskonferenz, 95. Tagung (Genf).
- Jerusalem Media and Communication Center (JMCC). 2007. *A public opinion [poll] conducted by Jerusalem Media and Communications Center*. Poll Nr. 61, März, unter www.miftah.org/Doc/Polls/JMCCPollNo61.pdf.
- Koordinator der Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT), Israel. 2007. *Presentation to the ILO*, Apr.
- Near East Consulting (NEC). 2007. *Palestine Poverty Monitor: March 2006–March 2007*, unter www.neareastconsulting.com.
- Oxfam. 2007. *Poverty in Palestine: The human cost of the financial boycott*, Apr., unter www.oxfam.org.uk/what_we_do/issues/debt_aid/downloads/bn_poverty_palestine.pdf.
- Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) Negotiations Affairs Department. 2005. *Israel's Wall*, Juli.
- Palästinensische Hochschulgesellschaft für das Studium Internationale Angelegenheiten (PASSIA). 2006. *Facts and Figures*, unter www.passia.org.
- Palästinensischer Industrieverband. 2007. *Immediate private sector concerns: Case study: Gaza M&A*. Presentation for the Private Sector Coordination Council, 22. März.
- Palästinensisches Statistisches Zentralamt (PCBS). 2007a. *Labour Force Survey October–December 2006, Round Q4/2006. Press conference on the survey results*, Feb.
- . 2007b. *PCBS releases the economic forecasts for 2007: Lifting the siege is the key for economic recovery*, 26. März.
- . 2007c. *Labour Force Survey: Annual Report 2006*, Apr.
- . 2006a. *Poverty in the Palestinian Territory, 2005*, Juni.
- . 2006b. *Survey of the impact of the Israeli unilateral measures on the Palestinian households 2006: Main findings*, Sep.
- Peace Now. 2005. *The West Bank: Facts and figures*, Aug., unter www.peacenow.il.
- Roy, S. 1996. "The Gaza Strip: The political economy of de-development", in *International Affairs*, Okt., Bd. 72, Nr. 4, S. 849–850.
- Samhuri, M. 2007. "Looking beyond the numbers: The Palestinian socio-economic crisis of 2006", in *Middle East Brief* (Brandeis University). Nr. 16, Feb., unter www.brandeis.edu/centers/crown/publications/MEB/MEB16.pdf.
- Statistisches Zentralamt (CBS), Israel. 2007. *Monthly Bulletin of Statistics*, Nr. 3/2007, März.
- . 2006. *Statistical Abstract of Israel*.
- Vereinte Nationen. 2007a. *Statement by Middle East Quartet*, 21. März. Press release SG/2125 PAL/2071.
- . 2007b. *Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967, John Dugard*. Menschenrechtsrat, 4. Tagung, Dok. A/HRC/4/17, 29. Jan.
- Weltbank. 2007a. World Bank Technical Team: *Potential alternatives for Palestinian trade: Developing the Rafah trade corridor*, 21. März.
- . 2007b. *West Bank and Gaza Public Expenditure Review*, Bd. 1, Feb.

Welternährungsprogramm (WFP) and Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). 2007. *Comprehensive Food Security and Vulnerability Analysis (CFSVA): West Bank and Gaza Strip*, Jan.

Ynetnews: "Hebron settlers filmed throwing rocks at Palestinians", 8. März, unter www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-3373865,00.html.

Anhang

Verzeichnis der Gesprächspartner

Palästinensische Institutionen

Arbeitsministerium

Mahmoud Al Aloul, Minister

Salah Alzaroo, Zweiter stellvertretender Minister

Asef Said Asa'd, Generaldirektor, Generaldirektorat für Arabische und Internationale Zusammenarbeit und Öffentlichkeitsarbeit

Ahmed Nijim, Generaldirektor, Ausschuss für Arbeitspolitik

Nasser Qutami, Zweiter Sekretär, Angelegenheiten der Arbeitsverwaltung

Reyad Jubran, Generaldirektor, Kooperationsfragen

Ali Qdeimat, Generaldirektor, Aufsicht und Arbeitsschutz

Rasha Amarneh, Rechtsberaterin

Iman Assaf, stellvertretende Generaldirektorin, Arbeitsbeziehungen

Abdul Majid Swailem, Generaldirektor, Planung und Politik

Informationsministerium

Mustafa Barghouti, Minister

Ministerium für soziale Angelegenheiten

Saleh Zeidan, Minister, Gaza

Ahmad Saeed Al Tamimi, stellvertretender Minister, Ramallah

Najat Alaridi, zweite Sekretärin, Ramallah

Subhy Radwan, zweiter Sekretär, Gaza

Majd Abed, Generaldirektorin, Studien und Planung

Fadia Al Masry, Generaldirektorin, Dienstleistungen und Familienrehabilitation

Hana'a Al Qimary, Generaldirektorin, Abteilung für besondere Bedürfnisse

Jamil Hammoudah, stellvertretender Generaldirektor, Dienstleistungen und Familienrehabilitation

Nassar Nassar, Leiter, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

Bassema Suboh, Direktorin, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

Palästinensisches Statistisches Zentralamt (PCBS)

Loay Shihadeh, Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit

Mahmoud Jaradat, Assistent des Präsidenten, Statistische Angelegenheiten

Sufian Daghra, Generaldirektor, Wirtschaftsstatistik

Saleh Al Kafri, Direktor, Abteilung Rechnungswesen

Verband der Palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (FPCCIA), Al-Ram

Ahmad Hashem Azzaghayar, Präsident

Jamal Jawabreh, Generaldirektor

Amin Baidoun, Direktor, Wirtschaftsabteilung

Ali Mohanna, Direktor, Abteilung KMUs

Handelskammer von Hebron

Akram Hamed Hijazi, Direktor, Öffentlichkeitsarbeit

Industrie- und Handelskammer von Nablus (NCCI)

Husam Hijjawi, Generalsekretär

Amjad El-Nimr, Forschungs- und Studiumzentrum

Khaled Musleh, Forschungs- und Studiumzentrum

Handelskammer von Ramallah

Saleh Al-Odeh, Generaldirektor

Palästinensisches Handelszentrum (PALTRADE)

Maher Hamdan, Geschäftsführer

Palästinensischer Verband der Geschäftsleute

Mohammed M. Masrouji, Präsident

Palästinensischer Industrieverband, Ramallah

Bassim Subhi Khoury, Vorstandsvorsitzender

Al-Juneidi Dairies and Food Products

Nidal N. Al-Juneidi, Technischer Leiter (Milchtechnologie)

Taqaddom Scales Co. Ltd.

Ayman Neiroukh, Vertriebsleiter

Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU), Gaza

Rasem M. Al Bayari, Präsident, PGFTU-Gaza, stellvertretender Generalsekretär, PGFTU

Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU), Nablus

Shaher Sae'd, Generalsekretär

Nasser Younis, Präsident der Gewerkschaft Transport in Palästina

Kayed Awwad, Mitglied der Gewerkschaft Transport, Jenin

Waleed Al-Aghbar, Mitglied des Exekutivkomitees, Nablus

Saed Al-Gia'an, Mitglied des Exekutivkomitees, Nablus

- Na'im Jammous, Mitglied des Exekutivkomitees, Nablus
- Abdel Karim Dwekat, Mitglied des Verwaltungsausschusses der Gewerkschaft Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie
- Neda' G. Abu Zant, Sekretärin der Abteilung Frauenfragen, Allgemeiner Bund der Transportarbeiter
- Mohamad Al-Hazzam, Mitglied des Verwaltungsausschusses der Gewerkschaft der Arbeitnehmer der petrochemischen Industrie, Nablus
- Khaled Jebreel, Mitglied des PGFTU-Sekretariats, Qalqiliya
- Abla Masroujeh, Präsident der Gewerkschaft Gesundheitsdienste, Nablus
- Ghada Abu Ghalyoon, Koordinatorin, Internationale Abteilung
- Issam Wahba, stellvertretender Koordinator, Bildung und Veröffentlichungen
- Mohammed Amara, Mitglied der Internationalen Abteilung
- Verband für landwirtschaftliche Entwicklung (PARC)
- Ismail Daiq, Vorstandsvorsitzender
- Al-Haq, Ramallah
- Shawan Jabarin, Generaldirektor
- Wesam Ahmad, Programmassistent
- Al-Quds University, Jerusalem
- Sari Nusseibeh, Präsident
- Huda Imam, Direktor, Centre for Jerusalem Studies
- Birzeit Universität, Westjordanland
- Nabeel Kassis, Präsident
- Samer Fares, Direktor, Rechtsinstitut
- Eileen Kuttab, Direktorin, Institut für Frauenstudien
- Walid Nammour, Direktor, Zentrum für Weiterbildung
- Sabri Saidam, Gruppenleiter, Birzeit Innovation Group, Zentrum für Weiterbildung
- Zentrum für Demokratie und Arbeitnehmerrechte (DWRC), Ramallah
- Hassan Barghouti, Generaldirektor
- Mu'assasat – Strengthening Human Rights and Good Governance
- Khalil Nakhleh, Teamleiter
- Palästinensisches Forschungsinstitut für Wirtschaftspolitik (MAS)
- Samir Abdullah, Generaldirektor
- Palestine for Credit and Development (FATEN)
- Anwar Jayyusi, Geschäftsführer
- Palästinensische Hochschulgesellschaft für das Studium Internationale Angelegenheiten (PASSIA)
- Mahdi Abdul Hadi, Leiter

Palästinensischer Wirtschaftsrat für Entwicklung und Wiederaufbau (PECDAR)

Mohammad Shtayyeh, Direktor

Palästinensische Menschenrechts-Überwachungsgruppe (PHRMG)

Bassem Eid, Generaldirektor

Palästinensisches Zentrum für Frauenforschung und Dokumentation

Zahira Kamal, Direktor

Palästinensische Gesellschaft arbeitender Frauen im Dienste der Entwicklung (PWWSO)

Naela Odeh, Vertreterin

Wohlfahrtsverband

Sufian Mushasha, Direktor, Tätigkeiten und Programme

Jordantal

Fathi Khdeirat, Vorsitzender des Dorfrates / Leiter der Kampagne "Stop the Wall"

Abu Ahmad Abdullah Lzabn, Oberhaupt der vertriebenen Beduinengemeinschaft

Regierung Israels und israelische Institutionen

Koordination der Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT)

Generalmajor Yossef Mishlev, Koordinator der Regierungstätigkeiten in den Gebieten

Oberstleutnant Col Baruch Dov Persky, Leiter der Wirtschaftsabteilung

Oberstleutnant Daniel Beaudoin, Abteilung Auswärtige Beziehungen

Außenministerium

Eli Ben-Tura, stellvertretender Direktor, Abteilung Internationale Organisationen

Ministerium für Industrie, Handel und Arbeit

Eli Paz, stellvertretender Generaldirektor

Shlomo Itzhaky, Verantwortlicher für Arbeitsbeziehungen

Israelischer Unternehmerverband

Eli Korah, stellvertretender Vorsitzender des Arbeitsausschusses, Israelischer Bauernverband

Daphna Nitzan-Aviram, Direktorin, Abteilung Wirtschaftsforschung und -strategie, Unterabteilung Wirtschaft

Avi Barak, Leiter der Abteilung Arbeitsfragen und Humanressourcen

Uri Rubin, Vorsitzender der Rubingroup; Vorsitzender des Arbeitsausschusses; Vorsitzender des Verwaltungsrats H.K.B.

Ytzhak Barak, Rechtsberater

Allgemeiner Israelischer Gewerkschaftsbund (Histadrut)

Nawaf Massalha, Vorsitzender, Internationale Abteilung

Yousef Kara, Direktor, Außenbeziehungen

Tsachi Tabakman, Generaldirektor, Abteilung Gewerkschaften

B'Tselem – Israelisches Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten

Risa Zoll, Direktorin, Internationale Beziehungen

Kav LaOved (Workers' Hotline) – Westjordanland

Salwa Alinat, Sozialarbeiterin, Leiterin des Projekts für palästinensische Arbeitnehmer

David Etstein, Ehrenamtlicher Mitarbeiter

Ono Academic College

Shlomit Yanisky-Ravid, Dozent, Rechtsfakultät

Vereinte Nationen und internationale Organisationen

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Paul Conneally, stellvertretender Leiter der Delegation

Christophe Driesse, Koordinator, Wirtschaftliche Sicherheit

David de Wild, Delegierter, Abteilung Wirtschaftliche Sicherheit

Mohammad Safadi, Staboffizier

Büro des Sonderkoordinators der Vereinten Nationen für den Friedensprozess im Nahen Osten (UNSCO)

Kevin Kennedy, stellvertretender Sonderkoordinator

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), Hilfsprogramm für das palästinensische Volk

Jens Toyberg-Frandzen, Sonderbeauftragter

Annika Johansson, Regionalberaterin, Schaffung von Arbeitsplätzen

Khaled Abdel Shafi, Leiter des UNDP-Büros, Gaza

Hiba Barakat, Programmleiterin

Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung Humanitärer Angelegenheiten (OCHA), Besetztes Palästinensisches Gebiet

David Shearer, Leiter des Amtes

Rosemary Willey-Al'Sanah, Beauftragte für humanitäre Angelegenheiten, Field Coordination Unit –South (Westjordanland)

Hamed Qawasmeh, Assistent für humanitäre Angelegenheiten

Gwyn Lewis, Beauftragte für humanitäre Angelegenheiten

Haya Alayed, Staboffizierin, Ramallah

Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR), Palästina

June Ray, Leiterin des Amtes

Hilfswerk der Vereinten Nationen für palästinensische Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)

Alex Pollock, Direktor, Programm Mikrofinanzierung und Kleinbetriebe

Andere

Community, Habitat and Finance (CHF) International

Lana Abu Hijleh, Landesdirektorin, Westjordanland und Gaza

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Knut Dethlefsen, ortsansässiger Vertreter

Barbara Obele, Projektleiterin

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)

Joachim W. Prey, Direktor, GTZ Office, Palästinensische Gebiete

Medien

Simone Kurkos, Journalistin

Besetzter Syrischer Golan

Majd Abu Saleh

Kanj Sleiman Abu Saleh

Hammoud Tawfiq Abu Saleh

Jamil Abu Jabal

Aiman Ibrahim

Declan Gannon

Nazih Abu Fayad

Hail Abu Jabal

Fandi Abu Jabal

Fauzi Abu Jabal

Aida Shanos

Aiman Abu Jabal

Raaida Ibrahim

Lamis Ayob

Salman Fakhr Aldin

Najwa Amasha

Najwa Willi

Taiseer Maray

Treffen in Damaskus, Arabische Republik Syrien

Diala Alhaj Aref, Ministerin für Arbeits- und Sozialangelegenheiten

Issa Maldaon, stellvertretender Minister für Arbeits- und Sozialangelegenheiten

Rakan Ibrahim, Direktor für Arbeitsfragen, Ministerium für Arbeits- und Sozialangelegenheiten

Amneh Rahban, Direktorin, Arabische Beziehungen, Ministerium für Arbeits- und Sozialangelegenheiten

Infouan Al Naeib, Erster Sekretär, Abteilung Internationale Organisationen, Außenministerium

Ali Al Zayeb, Mitglied des Exekutivkomitees für den Sektor Arbeitnehmer, Stadtverwaltung Quneitra

Mohammad Faisal Ghazi, Mitglied des Verwaltungsrats, Industriekammer Damaskus

Imad Rifai, Mitglied des Verwaltungsrats, Industriekammer Damaskus

Hacene Djemam, Generalsekretär, Internationaler Bund arabischer Gewerkschaften (ICATU)

Mohamad Bdran, Untergeneralsekretär, Internationaler Bund arabischer Gewerkschaften, ICATU

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), Arabische Republik Syrien

Ali H. Al-Za'tari, residierender Koordinator der VN, ortsansässiger Vertreter des UNDP